

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2016/201952]

22. FEBRUAR 2016. — Programmdekret 2016 (1)

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — PERSONENBEZOGENE ANGELEGENHEITEN

Abschnitt 1 — Gesundheit

Artikel 1 - In Artikel 2 § 4 Absatz 4 des Gesetzes vom 22. Januar 1945 über die Wirtschaftsregelung und die Preise, abgeändert durch das Gesetz vom 30. Juli 1971, wird in der französischen Fassung zwischen die Wortfolge "le présent article," und die Wortfolge "le Ministre" und in der niederländischen Fassung zwischen die Wortfolge "dit artikel," und die Wortfolge "raadpleegt de Minister" jeweils die Wortfolge "mit Ausnahme der Festlegung der Preise in den Aufnahmeeinrichtungen für Senioren auf dem deutschen Sprachgebiet," eingefügt.

Art. 2 - In Artikel 11 Absatz 2 des Dekrets vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren, die Seniorenresidenzen und über die psychiatrischen Pflegewohnheime wird die Wortfolge "der Fachabteilung" durch die Wortfolge "des Fachbereichs" ersetzt.

Abschnitt 2 — Familie

Art. 3 - In Artikel 7 Absatz 1 des Dekrets vom 17. November 2008 zur Schaffung eines Beirates für Familien- und Generationenfragen wird die Wortfolge "in der zuständigen Fachabteilung" durch die Wortfolge "im zuständigen Fachbereich" ersetzt.

Abschnitt 3 — Soziales

Art. 4 - Artikel 2 § 3 des Dekrets vom 9. Mai 1994 über Notaufnahmewohnungen wird aufgehoben.

Art. 5 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 18.1 eingefügt:

«Art. 18.1 - Wenn ein Träger für eine Person in einer Notlage über keine oder keine adäquate Notaufnahmewohnung verfügt, ist es ihm gestattet, diese Person in einer Notaufnahmewohnung eines anderen Trägers unterzubringen unter der Bedingung, dass zwischen den beiden Trägern ein entsprechendes Abkommen über die Zurverfügungstellung abgeschlossen wird. Die Regierung legt die Rahmenbedingungen des Abkommens fest.»

Art. 6 - In Artikel 22 Absatz 2 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 16. Juni 2008, wird folgender Satz eingefügt:

«Von diesem Zuschuss sind die Mietverträge ausgeschlossen, die zwischen einer Gemeinde und einem öffentlichen Sozialhilfzentrum, das sich auf demselben Gemeindegebiet befindet, geschlossen wurden.»

Art. 7 - In Artikel 24 desselben Dekrets wird die Wortfolge "der zuständigen Fachabteilung" durch die Wortfolge "dem zuständigen Fachbereich" ersetzt.

Art. 8 - Artikel 7 des Dekrets vom 5. Mai 2014 zur Anerkennung und Förderung von sozialen Treffpunkten wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraph 1 Nummer 5 wird das Wort "erstellen" durch die Wortfolge "erstellt haben" ersetzt.

2. Paragraph 1 Nummer 7 wird durch die Wortfolge ", deren Sicherheit insbesondere durch ein positives Brandschutzgutachten des zuständigen Feuerwehrkommandanten belegt wird" ergänzt.

3. Paragraph 2 Absatz 1 Nummer 1 wird wie folgt ersetzt:

"1. im Besitz eines Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts sein und über eine Berufserfahrung im Sozialbereich von mindestens drei Jahren verfügen oder mindestens im Besitz eines Bachelordiploms mit sozialer oder pädagogischer Ausrichtung sein;"

4. Paragraph 2 Absatz 2 wird aufgehoben.

Art. 9 - In Artikel 11 § 2 Absatz 2 desselben Dekrets wird der erste Satz durch die Wortfolge ", wobei für den Höchstzuschuss die Gehaltsstufe für den Inhaber eines Bachelordiploms berücksichtigt wird" ergänzt.

Art. 10 - Artikel 16 § 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«§ 1 - Die zum 1. Januar 2016 bereits anerkannten sozialen Treffpunkte verfügen ab diesem Zeitpunkt über eine Frist von 24 Monaten, um das in Artikel 7 § 1 Nummer 7 erwähnte Brandschutzgutachten vorzulegen.»

Abschnitt 4 — Personen mit Behinderung

Art. 11 - Artikel 7 Absatz 2 des Dekrets vom 19. Juni 1990 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung, abgeändert durch das Dekret vom 17. Mai 2004, wird wie folgt ersetzt:

«Der Vorsitzende muss über eine gründliche Kenntnis der deutschen Sprache verfügen.»

Abschnitt 5 — Jugendhilfe

Art. 12 - Artikel 37 des Gesetzes vom 8. April 1965 über den Jugendschutz, die Betreuung Minderjähriger, die eine als Straftat qualifizierte Tat begangen haben, und die Wiedergutmachung des durch diese Tat verursachten Schadens, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraph 2 Absatz 1 werden die Nummern 5, 6, 9, 10 und 11 aufgehoben.

2. In Paragraf 3 Absatz 2 Nummer 2 wird die Wortfolge "dreiundzwanzig Jahren" durch die Wortfolge "zwanzig Jahren" ersetzt.

3. Paragraf 3 Absatz 3 wird aufgehoben.

Art. 13 - Artikel 57bis § 4 desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 13. Juni 2006, wird aufgehoben.

Art. 14 - Das Gesetz vom 1. März 2002 über die vorläufige Unterbringung Minderjähriger, die eine als Straftat qualifizierte Tat begangen haben, abgeändert durch die Gesetze vom 13. Juni 2006 und 27. Dezember 2006, wird aufgehoben.

Art. 15 - Artikel 5 des Dekrets vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen wird wie folgt abgeändert:

1. Paragraf 1 Absatz 2 Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:

«2. das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen mit mindestens einem Vertreter,».

2. Paragraf 1 Absatz 2 Nummer 5 wird aufgehoben.

3. Paragraf 2 wird wie folgt ersetzt:

«§ 2 - Der Begleitausschuss hat folgenden Auftrag:

1. nach Möglichkeit alle zwei Jahre die Organisation eines Jugendhilfeforums zur Jugendhilfeplanung und Vernetzung sowie zur Prävention. An diesem Forum nehmen die Dienste, Organisationen, Institutionen und Zentren der direkt oder indirekt betroffenen Arbeitsbereiche teil;

2. im Rahmen dieser Foren die gezielte Ermittlung von Bedürfnissen in der Jugendhilfe und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Partnern unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und Interessen der Minderjährigen und Erziehungsberechtigten. Die Initiativen, die in diesem Rahmen entstehen, werden auf Opportunität geprüft und entsprechend gefördert.»

KAPITEL 2 — KULTURELLE ANGELEGENHEITEN

Abschnitt 1 — Kultur

Art. 16 - Artikel 21 des Dekrets vom 18. November 2013 zur Förderung von Kultur in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird wie folgt abgeändert:

1. Folgender neuer Absatz 1 wird eingefügt:

«Die in diesem Kapitel vorgesehenen Zuschüsse werden in Form von Vorschüssen in Höhe von 80 % des zu erwartenden Zuschussbetrags gewährt.»

2. Die bestehenden Absätze 1 und 2 werden zu den Absätzen 2 und 3.

3. Im neuen Absatz 2 wird die Wortfolge "Zur Auszahlung der in diesem Kapitel vorgesehenen Zuschüsse" durch die Wortfolge "Zur Auszahlung des Restbetrags" ersetzt.

4. Folgender neuer Absatz 4 wird eingefügt:

«In Abweichung der Absätze 1 bis 3 wird der in Artikel 43 im Rahmen der Auszeichnung "Künstler der Deutschsprachigen Gemeinschaft" erwähnte Betrag als einmalige Tranche ausgezahlt.»

Art. 17 - Artikel 22 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 wird zwischen die Zahl "1." und die Wortfolge "einen innovativen oder" die Wortfolge "gemessen an den normalen Aktivitäten des Antragsstellers" eingefügt.

2. In Nummer 2 wird die Wortfolge "gemessen an den normalen Aktivitäten des Antragsstellers" gestrichen.

Art. 18 - Artikel 23 § 2 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Wortfolge "31. März" durch die Wortfolge "30. Juni" und die Wortfolge "mindestens einen Monat vor Beginn des Projekts" durch die Wortfolge "bis zum 31. Oktober des vorangehenden Kalenderjahres" ersetzt.

2. In Absatz 3 wird die Wortfolge "1. April" durch die Wortfolge "1. Juli" ersetzt.

Art. 19 - In Artikel 24 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "Erfüllung der Förderbedingungen" durch die Wortfolge "eingereichten Unterlagen" ersetzt.

Art. 20 - In Artikel 27 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "Erfüllung der Förderbedingungen" durch die Wortfolge "eingereichten Unterlagen" ersetzt.

Art. 21 - In Artikel 30 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "Erfüllung der Förderbedingungen" durch die Wortfolge "eingereichten Unterlagen" ersetzt.

Art. 22 - In Artikel 35 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "Erfüllung der Förderbedingungen" durch die Wortfolge "eingereichten Unterlagen" ersetzt.

Art. 23 - In Kapitel 3 Abschnitt 6 desselben Dekrets wird folgender Artikel 38.1 eingefügt:

«Art. 38.1 - Stipendium

Nach Prüfung der eingereichten Unterlagen kann die Regierung das Stipendium für ein Kulturprojekt gewähren.»

Art. 24 - In Artikel 52 desselben Dekrets wird folgender Paragraf 6 eingefügt:

«§ 6 - Die Auszahlung der in §§ 3-5 erwähnten Zuschüsse setzt tatsächliche Auftritte voraus. Die entsprechenden Nachweise werden gemäß § 2 eingereicht.»

Art. 25 - In Artikel 60 desselben Dekrets wird folgender Absatz 2 eingefügt:

«Der jährliche Bewerbungsauftrag bezieht sich jeweils auf eine Theatersaison, die sich vom 1. Juli des Jahres des Bewerbungsauftrags bis zum 30. Juni des darauffolgenden Kalenderjahrs erstreckt.»

Art. 26 - In Artikel 61 § 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "das dem Einstufungsjahr vorangeht," durch die Wortfolge "des Bewerbungsauftrags" ersetzt.

Art. 27 - In Artikel 64 § 1 Absatz 2 desselben Dekrets wird das Wort "Jahr" durch das Wort "Saison" ersetzt.

Art. 28 - In Artikel 79 § 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "die nicht zu einer Infrastruktur gehören und die dazu bestimmt sind" durch die Wortfolge "die nicht zu einer Infrastruktur gehören. Diese Zuschüsse sind dazu bestimmt" ersetzt.

Art. 29 - In dasselbe Dekret wird zwischen Kapitel 6 und Kapitel 7 folgendes Kapitel 6.1, das die Artikel 89.1 bis 89.6 umfasst, eingefügt:

«Kapitel 6.1 - KUNSTKOMMISSION DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Art. 89.1 - Schaffung

Es wird eine Kunstkommission der Deutschsprachigen Gemeinschaft geschaffen. Die Regierung sorgt für die Betreuung der Kommission.

Art. 89.2 - Aufgaben

Die Kunstkommission hat folgende Aufgaben:

1. die Beratung der Regierung bei Kunstankäufen und auf Anfrage die Begutachtung von Kunstankäufen;
2. die Ausarbeitung von Vorschlägen für Kunstankäufe.

Art. 89.3 - Zusammensetzung

Die Kunstkommission setzt sich aus mindestens drei und höchstens fünf sachverständigen Mitgliedern zusammen, die von der Regierung nach einem öffentlichen Aufruf für einen erneuerbaren Zeitraum von vier Jahren bestellt werden.

Die Regierung bestimmt den Vorsitzenden aus der Mitte der Kunstkommission.

Wenn das Mandat eines Mitglieds vorzeitig endet, führt ein neu bestelltes Mitglied die Mandatszeit zu Ende.

Die Kunstkommission nimmt ihre Tätigkeit erstmals 2017 auf.

Art. 89.4 - Funktionsweise

Die Kunstkommission tritt bei Bedarf auf Einladung des Vorsitzenden zusammen. Die Sitzungen sind nicht öffentlich.

Die Entscheidungen der Kunstkommission werden im Konsens getroffen. Sie ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Sie gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Regierung zur Genehmigung vorgelegt wird.

Die Regierung legt die Vorgehensweise bei Befangenheit der Mitglieder fest.

Art. 89.5 - Empfehlungen

Die Kunstkommission legt der Regierung nach jeder Sitzung einen Bericht mit Empfehlungen zu den Kunstankäufen vor.

Art. 89.6 - Entschädigungen

Die Mitglieder der Kunstkommission erhalten Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen gemäß den von der Regierung festgelegten Bestimmungen.»

Abschnitt 2 — Jugend

Art. 30 - In Artikel 8 des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit, abgeändert durch das Dekret vom 25. Februar 2013, wird folgende Nummer 6 eingefügt:

«6. mindestens 50 junge Menschen als Mitglieder vorweisen.»

Art. 31 - In Artikel 52 § 1 Absatz 1 desselben Dekrets wird das Wort "neun" durch das Wort "zehn" ersetzt.

Abschnitt 3 — Sport

Art. 32 - In Artikel 27 § 2 Nummer 1 des Sportdekrets vom 19. April 2004, ersetzt durch das Dekret vom 27. April 2009, wird die Wortfolge "Lizenziat oder Mittelschullehrer" durch die Wortfolge "Master oder Bachelor" ersetzt.

Art. 33 - In Artikel 35 Absatz 2 Spiegelstrich 3 desselben Dekrets wird die Wortfolge "der Abteilungen "Unterrichtswesen", "Kulturelle Angelegenheiten" und "Familie, Gesundheit und Soziales"" durch die Wortfolge "der für die Unterrichtsorganisation, für den Sport und für die Gesundheit zuständigen Fachbereiche" ersetzt.

Abschnitt 4 — Medien

Art. 34 - In Artikel 9 § 1 des Dekrets vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden die Wortfolgen "der belgischen Staatsangehörigkeit sowie", "weniger als 65 und" sowie "seinen Wohnsitz im Gebiet deutscher Sprache haben" gestrichen.

Art. 35 - In Artikel 1 § 2 des Dekrets vom 7. Februar 1994 über die Hilfe für die Tagespresse wird der zweite Satz gestrichen.

Art. 36 - Artikel 2 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Paragraph 1 Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

«Als Presseeinheit gilt die Gesellschaft, deren Gesellschaftssitz bzw. Betriebssitz im deutschen Sprachgebiet gelegen sind, und die insbesondere das Verlegen eines oder mehrerer kostenpflichtig verteilter Tageszeitungstitel zum Gegenstand hat.»

2. In Paragraph 2 werden die Nummern 1 und 2 wie folgt ersetzt:

«1. im Jahr mindestens 250 Tagesausgaben derselben Tageszeitung in deutscher Sprache herausgegeben haben, die kostenpflichtig sowohl in gedruckter als auch in digitaler Form verteilt werden und mindestens 16 redaktionelle Seiten umfassen;

2. im Jahresdurchschnitt mindestens 7 500 Exemplare pro Ausgabe der in Nummer 1 genannten Tageszeitung verkauft haben, ungeachtet dessen, ob es sich dabei um gedruckte oder digitale Exemplare handelt;»

3. In Paragraph 2 Nummer 3 wird die Wortfolge "die höchstens 65 Jahre alt sind," gestrichen.

4. Paragraph 3 wird aufgehoben.

Art. 37 - In Artikel 3 Absatz 2 desselben Dekrets wird die Angabe "§§ 1 und 3" durch die Angabe "§ 1" ersetzt.

Art. 38 - In Artikel 4 desselben Dekrets wird die Angabe "§§ 1-3" durch die Angabe "§§ 1 und 2" ersetzt und zwischen die Wortfolgen "Herausgabe einer Tageszeitung" und "eine einmalige Starthilfe" die Wortfolge "sowohl in gedruckter als auch in digitaler Form" eingefügt.

Art. 39 - In der Überschrift von Titel 2 Kapitel 2 Abschnitt 4 des Dekrets vom 27. Juni 2005 über die audiovisuellen Mediendienste und die Kinovorstellungen, eingefügt durch das Dekret vom 3. Dezember 2009, wird das Wort "Parlamentssitzungen" durch die Wortfolge "Sitzungen und Veranstaltungen des Parlaments" ersetzt.

Art. 40 - Artikel 16 § 1 Nummer 2 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 3. Dezember 2009, wird wie folgt ersetzt:

«2. öffentliche Sitzungen und Veranstaltungen des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft gemäß Artikel 16.1.»

Art. 41 - Artikel 16.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 3. Dezember 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. Die Überschrift des Artikels wird wie folgt ersetzt:

«Artikel 16.1 - Sitzungen und Veranstaltungen des Parlaments».

2. In Absatz 1 wird nach dem Wort "Sitzungen" die Wortfolge "und Veranstaltungen" eingefügt.

KAPITEL 3 — LOKALE BEHÖDEN

Art. 42 - In Artikel 8 Nummer 2 des Dekrets vom 20. Dezember 2004 zur Regelung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets, ersetzt durch das Dekret vom 15. März 2010, wird nach dem Wort "Polizeizone" die Wortfolge "und die Hilfeleistungszone" eingefügt.

KAPITEL 4 — INFRASTRUKTUR

Abschnitt 1 — Infrastrukturdekret

Art. 43 - In Artikel 21 § 2 des Dekrets zur Infrastruktur vom 18. März 2002, abgeändert durch die Dekrete vom 1. März 2004, 21. März 2005 und 2. März 2015, wird nach Absatz 1 folgender Absatz eingefügt:

«Wenn ein Infrastrukturvorhaben den Vorschriften zur behindertengerechten Gestaltung zum Zeitpunkt des Antrags nicht in allen Punkten entspricht, kann die Regierung eine Zusage unter Vorbehalt der zu realisierenden Arbeiten erteilen. In diesem Fall verliert der Antragsteller das Recht auf Bezuschussung für den in der Zusage angegebenen Bauabschnitt, wenn die entsprechenden Auflagen bei Fertigstellung nicht berücksichtigt wurden.»

Art. 44 - In Artikel 33 desselben Dekrets wird die Wortfolge "sowie im Bereich der Infrastrukturvorhaben zur beruflichen und technischen Ausbildung, die verschiedenen Organisationsträgern offen stehen," gestrichen.

Art. 45 - Artikel 34 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Art. 34 - Infrastrukturen zur beruflichen und technischen Ausbildung

In Abweichung von Artikel 16 beträgt der Zuschuss für die in Artikel 2 Absatz 1 erwähnten Infrastrukturvorhaben zur beruflichen und technischen Ausbildung, die verschiedenen Organisationsträgern offen stehen, 100% des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrags der Ausgaben.»

Art. 46 - In Kapitel II Abschnitt 3 desselben Dekrets wird folgender Artikel 39.1 eingefügt:

«Art. 39.1 - Zuschuss der Provinz

Die Provinz bezuschusst die in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 4 erwähnten Infrastrukturvorhaben bei unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden, Ensembles und Landschaften sowie bei mit diesen fest verbundenen Einrichtungen.

Dieser Zuschuss beträgt je Antrag für ein geschütztes Objekt mindestens 4% des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrags der annehmbaren Ausgaben.

Der Antragsteller reicht bei der Provinz einen Antrag auf Bezuschussung ein. Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt von der Provinz unmittelbar an den Antragsteller nach Abschluss der Arbeiten auf Grundlage eingereicherter Belege.»

Art. 47 - In Kapitel II desselben Dekrets wird nach Artikel 43 folgender Abschnitt 5, der die Artikel 44 bis 44.3 umfasst, eingefügt:

«Abschnitt 5 — Krankenhäuser»

Art. 48 - Artikel 44 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Art. 44 - Allgemeine Bedingungen für die Bezuschussung von Krankenhäusern

Unbeschadet der Anwendung von Artikel 10 sind Infrastrukturvorhaben von Krankenhäusern nur bezuschussbar:

- wenn sie sich auf die anerkannten Hospitalisationsdienste und die medizinisch-technischen Dienste beziehen;
- nach Vorlage einer Kooperationsvereinbarung zwischen den Krankenhäusern der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die den von der Regierung bestimmten Mindestvorgaben entspricht.»

Art. 49 - In den neuen Abschnitt 5 desselben Dekrets werden folgende Artikel 44.1 bis 44.3 eingefügt:

«Art. 44.1 - Allgemeiner Bezuschussungssatz

In Abweichung von Artikel 16 Absatz 1 beträgt der Zuschuss für die in Artikel 2 Absatz 1 Nummern 1-3, 5, und 7-10 erwähnten Infrastrukturvorhaben von Krankenhäusern 80% des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrags der Ausgaben.

Art. 44.2 - Instandsetzungsarbeiten an Krankenhäusern

In Abweichung von den Artikeln 8-9 und 11-26 erhalten die Krankenhäuser eine jährliche pauschale Subvention für das in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 4 erwähnte Infrastrukturvorhaben.

Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bestimmen die Höhe dieser Subvention, die im Verhältnis zur Anzahl der anerkannten Betten unter den Krankenhäusern aufgeteilt wird.

Alle in direktem oder indirektem Zusammenhang mit den von der Regierung festgelegten Instandsetzungsarbeiten stehenden Kosten kommen in Betracht für die Rechtfertigung der Verwendung der Mittel.

Die Regierung bestimmt die Unterlagen, die zwecks Kontrolle der Verwendung der Mittel dieser Subvention einzureichen sind.

Die Regierung fordert Gelder zurück, die binnen drei Jahren nach ihrer Auszahlung nicht zweckgemäß verwendet wurden. Auf diese Beträge werden Zinsen zum gesetzlichen Satz berechnet.

Art. 44.3 - Ausstattung von Krankenhäusern

In Abweichung von Artikel 16 Absatz 2 beträgt der Zuschuss für das in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 6 erwähnte Infrastrukturvorhaben von Krankenhäusern 60 % des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrags der Ausgaben.

Die Auszahlung dieses Zuschusses, dessen maximale Höhe durch die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel begrenzt wird, ist an die Vorlage eines gemeinsamen jährlichen Investitionsplans in Bezug auf die Ausstattung der Krankenhäuser gebunden.»

Art. 50 - Artikel 45 Nummer 5 des Programmdekrets 2014 vom 24. Februar 2014 wird wie folgt ersetzt:

«5. Artikel 30 bis 38, die am 1. Januar 2018 in Kraft treten.»

Abschnitt 2 — Föderale Krankenhausgesetzgebung

Art. 51 - Die Artikel 63, 64, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 19. Juni 2009, 65 Absatz 1 und 106 des koordinierten Gesetzes vom 10. Juli 2008 über die Krankenhäuser und andere Pflegeeinrichtungen werden aufgehoben.

Art. 52 - Artikel 1 Nummer 1 des Königlichen Erlasses vom 19. Mai 1987 zur Festlegung der Bedingungen zur Gewährung der Entschädigung für die Nicht-Ausführung von Krankenhausbauvorhaben und für die Schließung und die Nichtinbetriebnahme von Krankenhäusern oder Krankenhausdiensten sowie des Berechnungsmodus der Entschädigung wird aufgehoben.

Art. 53 - Kapitel II desselben Königlichen Erlasses, das die Artikel 2 bis 5 umfasst, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 10. Juli 1990, wird aufgehoben.

Art. 54 - In Artikel 7 Nummer 1 des Königlichen Erlasses vom 25. April 2002 über die Festlegung und die Ausgleichung des Finanzmittelhaushaltes der Krankenhäuser, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 25. April 2014, werden die Buchstaben a) und c) aufgehoben.

Art. 55 - Artikel 8 desselben Erlasses, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 26. Oktober 2011 und 25. April 2014, wird wie folgt abgeändert:

1. In Buchstabe a) wird in der französischen Fassung die Angabe "a) et" und in der niederländischen Fassung die Angabe "a) en" gestrichen.

2. In Buchstabe b) wird in der französischen Fassung die Angabe "a) et" und in der niederländischen Fassung die Angabe "a) en" gestrichen.

3. In Buchstabe c) wird in der französischen Fassung die Angabe "1°, c) et" und in der niederländischen Fassung die Angabe "1°, c) en" gestrichen.

4. In Buchstabe d) wird in der französischen und in der niederländischen Fassung jeweils die Angabe "1°, a)," gestrichen.

5. In Buchstabe e) wird in der französischen Fassung die Angabe "a) et" und in der niederländischen Fassung die Angabe "a) en" gestrichen.

Art. 56 - In demselben Erlass werden folgende Artikel aufgehoben:

1. Artikel 9, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 25. April 2014;
2. Artikel 11;
3. Artikel 24, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 26. November 2010;
4. Artikel 25, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 10. November 2006, vom 26. November 2010 und vom 17. Dezember 2012;
5. Artikel 26, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 26. November 2010;
6. Artikel 26*bis*, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 26. Oktober 2011 und zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 25. April 2014;
7. Artikel 27, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 26. Oktober 2011;
8. Artikel 28;
9. Artikel 29, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 17. Dezember 2012 und abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 25. April 2014;
10. Artikel 29*bis*, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 25. April 2014;
11. Artikel 31, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 26. Dezember 2013.

Art. 57 - In Artikel 86 § 1 desselben Erlasses, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 25. April 2014, werden die Angaben "A1," und "A3," gestrichen.

Art. 58 - Artikel 88 desselben Erlasses, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 4. Juni 2003 und 17. Dezember 2012, wird wie folgt abgeändert:

1. Paragraf 1 Nummer 1 wird aufgehoben.
2. In Paragraf 2 wird in der französischen Fassung die Angabe "A1 et" und in der niederländischen Fassung die Angabe "A1 en" gestrichen.

Art. 59 - In Artikel 89 Absatz 2 Spiegelstrich 1 desselben Erlasses, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 4. Juni 2003 und 17. Dezember 2012, wird die Angabe "A1," gestrichen.

Art. 60 - In Artikel 91*bis* desselben Erlasses, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 10. November 2006, wird die Angabe "A1," gestrichen.

Art. 61 - In Artikel 91*quinquies* § 2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 10. November 2006, werden die Angaben "A1, A3," gestrichen.

Art. 62 - Werden aufgehoben:

1. der Königliche Erlass vom 13. Dezember 1966 zur Festlegung des Satzes und bestimmter Zuschussbedingungen für den Bau, die Rekonditionierung, die Ausrüstung und die Apparatur von Krankenhäusern, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 17. Mai 2007;

2. der Königliche Erlass vom 14. August 1989 zur Festlegung der Verfahren bezüglich der Genehmigung des Kalenders durch den für die öffentliche Gesundheit zuständigen nationalen Minister gemäß Artikel 97*bis* Absatz 2 des koordinierten Gesetzes über die Krankenhäuser, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 10. Juli 1990;

3. der Königliche Erlass vom 4. Mai 1999 zur Festlegung der allgemeinen Kriterien für die Festlegung und die Genehmigung des in Artikel 46*bis* Absatz 1 des Gesetzes über die Krankenhäuser erwähnten Kalenders für die aufgrund von Artikel 130 der Verfassung für die Gesundheitspolitik zuständige Gebietskörperschaft;

4. der Königliche Erlass vom 4. Mai 1999 zur Festlegung der allgemeinen Kriterien für die Festlegung und die Genehmigung des in Artikel 46*bis* Absatz 1 des Gesetzes über die Krankenhäuser erwähnten Kalenders für die aufgrund von Artikel 128, 130 und 135 der Verfassung für die Gesundheitspolitik zuständigen Gebietskörperschaften, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 1. März 2007;

5. der Ministerielle Erlass vom 3. November 1969 zur Festlegung der Regeln bezüglich der finanziellen Intervention des Staates beim Bau, bei der Rekonditionierung, bei der Ausrüstung und bei der Apparatur von Krankenhäusern;

6. der Ministerielle Erlass vom 1. Juli 1971 zur Abänderung der Ministeriellen Erlasse vom 8. Juni 1967 und vom 2. Oktober 1969 zur Festlegung des für die Anwendung des Königlichen Erlasses vom 13. Dezember 1966 zur Festlegung des Satzes und bestimmter Zuschussbedingungen für den Bau, die Rekonditionierung, die Ausrüstung und die Apparatur von Krankenhäusern zu berücksichtigenden Höchstpreises pro Bett;

7. der Ministerielle Erlass vom 8. November 1973 zur Abänderung des Ministeriellen Erlasses vom 1. Juli 1971 zur Festlegung des für die Anwendung des Königlichen Erlasses vom 13. Dezember 1966 zur Festlegung des Satzes und bestimmter Zuschussbedingungen für den Bau, die Rekonditionierung, die Ausrüstung und die Apparatur von Krankenhäusern zu berücksichtigenden Höchstpreises pro Bett;

8. der Ministerielle Erlass vom 1. September 1978 zur Abänderung der Ministeriellen Erlasse vom 1. Juli 1971 und 8. November 1973 zur Festlegung des für die Anwendung des Königlichen Erlasses vom 13. Dezember 1966 zur Festlegung des Satzes und bestimmter Zuschussbedingungen für den Bau, die Rekonditionierung, die Ausrüstung und die Apparatur von Krankenhäusern zu berücksichtigenden Höchstpreises pro Bett, abgeändert durch die Ministeriellen Erlasse vom 12. April 1984 und vom 12. Oktober 1993;

9. der Ministerielle Erlass vom 4. September 1978 zur Abänderung des Ministeriellen Erlasses vom 1. Juli 1971 zur Festlegung des für die Anwendung des Königlichen Erlasses vom 13. Dezember 1966 zur Festlegung des Satzes und bestimmter Zuschussbedingungen für den Bau, die Rekonditionierung, die Ausrüstung und die Apparatur von Krankenhäusern zu berücksichtigenden Höchstpreises pro Bett, abgeändert durch die Ministeriellen Erlasse vom 12. April 1984 und vom 12. Oktober 1993;

10. der Ministerielle Erlass vom 4. September 1989 zur Festlegung der Beweismodalitäten der Genehmigung des Baukalenders durch den für die öffentliche Gesundheit zuständigen nationalen Minister gemäß Artikel 97*bis* Absatz 2 des koordinierten Gesetzes über die Krankenhäuser;

11. der Ministerielle Erlass vom 11. Mai 2007 zur Festlegung des zu berücksichtigenden Höchstpreises bei der Gewährung von Zuschüssen für den Bau von neuen Gebäuden, die Erweiterungs- und die Rekonditionierungsarbeiten bei einem Krankenhaus oder Dienst.

Art. 63 - Die im vorliegenden Abschnitt aufgeführten Bestimmungen bleiben weiterhin anwendbar für die durch die Föderalbehörde aufgrund des Artikels 47/9 § 4 des Sondergesetzes vom 16. Januar 1989 bezüglich der Finanzierung der Gemeinschaften und Regionen gewährleisteten Investitionen in die Infrastrukturen und die medizinisch-technischen Dienste der Krankenhäuser.

KAPITEL 5 — FINANZEN UND HAUSHALT

Art. 64 - In der Überschrift des Dekrets vom 21. Dezember 1995 zur Einrichtung eines Amortisierungsfonds in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird die Wortfolge "Amortisierungsfonds in der Deutschsprachigen Gemeinschaft" durch die Wortfolge "Fonds zur Verwaltung der Finanzverbindlichkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

Art. 65 - Artikel 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Februar 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort "Amortisierungsfonds" durch die Wortfolge "Fonds zur Verwaltung der Finanzverbindlichkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, hiernach "Fonds" genannt," ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "Amortisierungsfonds der Deutschsprachigen Gemeinschaft" durch das Wort "Fonds" ersetzt.

Art. 66 - Artikel 2 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 3. Februar 2003 und 25. Februar 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird zwischen die Wortfolge "Begleichung von" und das Wort "Debetzinsen" die Wortfolge "Bankkosten, Kosten in Zusammenhang mit der Ausgabe von Liquiditätsscheinen," eingefügt.

2. Absatz 2 wird aufgehoben.

Art. 67 - In Artikel 3 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 3. Februar 2003, wird das Wort "Amortisierungsfonds" durch das Wort "Fonds" ersetzt und der zweite Satz gestrichen.

Art. 68 - In Artikel 4 desselben Dekrets wird das Wort "Amortisierungsfonds" durch das Wort "Fonds" ersetzt.

Art. 69 - Artikel 4*bis* desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 3. Februar 2003 und abgeändert durch das Dekret vom 25. Februar 2013, wird wie folgt ersetzt:

«Art. 4bis - Die Ausgaben des Fonds bestehen aus:

1. Kapital- und Zinsrückzahlungen der getätigten Anleihen und finanziellen Leasings sowie ähnlichen Finanzierungsprodukten;
2. Debetzinsen;
3. Zinsen auf Kreditlinien;
4. Zinsen und Kosten in Zusammenhang mit der Ausgabe von Liquiditätsscheinen;
5. Bankkosten und sonstigen Finanzierungsnebenkosten.»

Art. 70 - Artikel 104 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch die Dekrete vom 19. April 2010 und 24. Februar 2014, wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraf 1 wird der Betrag "6.000 EUR" durch den Betrag "10.000 Euro" ersetzt.
2. In Paragraf 2 wird der Betrag "6.000 Euro" durch den Betrag "10.000 Euro" ersetzt.

KAPITEL 6 — VERSCHIEDENES

Abschnitt 1 — Bestattungen und Grabstätten

Art. 71 - Artikel 4 des Dekrets vom 14. Februar 2011 über Bestattungen und Grabstätten wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraf 1 Absatz 1 wird folgender Satz eingefügt:

«Gilt als Friedhof, jeder Ort, an dem mehr als fünf sterbliche Überreste bestattet sind.»

2. In Paragraf 2 Absatz 1 wird der erste Satz gestrichen und im zweiten Satz wird zwischen das Wort "mindestens" und die Wortfolge "ein Urnenfeld" die Wortfolge "eine Parzelle für Gräber," eingefügt.

Abschnitt 2 — Nicht-Diskriminierung

Art. 72 - In Artikel 1 des Dekrets vom 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung wird nach Absatz 1 folgender Absatz eingefügt:

«Das vorliegende Dekret dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie 2010/18/EU des Rates der Europäischen Union vom 8. März 2010 zur Durchführung der von BUSINESSEUROPE, UEAPME, CEEP und EGB geschlossenen überarbeiteten Rahmenvereinbarung über den Elternurlaub und zur Aufhebung der Richtlinie 96/34/EG.»

Art. 73 - In Artikel 2 Nummer 3 desselben Dekrets wird zwischen das Wort "Mutterschaft" und die Wortfolge "oder aber" die Wortfolge ", die Elternschaft" eingefügt.

Art. 74 - In Artikel 3 Nummer 1 desselben Dekrets wird zwischen das Wort "Mutterschaft" und die Wortfolge "oder aber" die Wortfolge ", die Elternschaft" eingefügt.

Art. 75 - Artikel 18 § 6 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«§ 6 - Der im vorliegenden Artikel erwähnte Schutz ist auch anwendbar auf Personen, die als Zeugen, als Beistand, als Verteidiger oder als Unterstützer der betroffenen Person auftreten.»

Art. 76 - Artikel 19 § 9 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«§ 9 - Der im vorliegenden Artikel erwähnte Schutz ist auch anwendbar auf Personen, die als Zeugen, als Beistand, als Verteidiger oder als Unterstützer der betroffenen Person auftreten.»

Abschnitt 3 — Preis des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Art. 77 - Artikel 1 des Dekrets vom 19. Dezember 1988 zur Verleihung des Preises des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch die Dekrete vom 29. Januar 2007 und 29. Juni 2015, wird wie folgt ersetzt:

«*Artikel 1* - Das Parlament vergibt den Preis des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Werke, die folgenden Fachbereichen zugeordnet werden können:

- Staatswissenschaften, insbesondere Rechts-, Politik-, Finanz- und Verwaltungswissenschaften;
- Geschichte;
- Literatur;
- Heimatgeschichte;
- Architektur, Raum- und Landschaftsplanung;
- Sprachwissenschaften;
- Archiv- und Bibliothekswesen;
- Biographien;
- Wirtschaft und Humanwissenschaften;
- Kunst und Kultur.

Alle Werke müssen in deutscher Sprache abgefasst und eingereicht werden. Dies gilt nicht für Werke des Fachbereichs Staatswissenschaften, die auch in Französisch, Niederländisch oder Englisch abgefasst und eingereicht werden dürfen.

Als Träger der Werke sind Printmedien, Bild- und Tonmedien sowie elektronische Medien zugelassen.»

KAPITEL 7 — SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 78 - Vorliegendes Dekret tritt am Tag seiner Veröffentlichung in Kraft, mit Ausnahme von:

1. Artikel 14, der mit Wirkung vom 1. Januar 2015 in Kraft tritt;
 2. Artikel 1, 4 bis 7, 11, 34 bis 41, 47 bis 63 sowie 70 und 77, die mit Wirkung vom 1. Januar 2016 in Kraft treten.
- Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.
Eupen, den 22. Februar 2016

O. PAASCH

Der Ministerpräsident

Frau I. WEYKMANS

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus

A. ANTONIADIS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

H. MOLLERS

Der Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung

—————
Fußnote

(1) *Sitzungsperiode 2015-2016*

Nummerierte Dokumente: 94 (2015-2016) Nr. 1 Dekretvorschlag.

94 (2015-2016) Nr. 2 Abänderungsvorschläge.

94 (2015-2016) Nr. 3 Bericht.

Ausführlicher Bericht: 22. Februar 2016 - Nr. 24 Diskussion und Abstimmung.

—————
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2016/201952]

22 FEVRIER 2016. — Décret-programme 2016 (1)

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — MATIERES PERSONNALISABLES

Section 1^{re}. — Santé

Article 1^{er}. Dans l'article 2, § 4, alinéa 4, de la loi du 22 janvier 1945 sur la réglementation économique et les prix, modifié par la loi du 30 juillet 1971, les mots "sauf en ce qui concerne la fixation des prix dans les établissements d'accueil pour personnes âgées en région de langue allemande," sont insérés entre les mots "le présent article," et "le Ministre".

Art. 2. Dans l'article 11, alinéa 2, du décret du 4 juin 2007 relatif aux structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées, aux résidences pour seniors et aux maisons de soins psychiatriques, les mots "de la division" sont remplacés par les mots "du département".

Section 2. — Famille

Art. 3. A l'article 7, alinéa 1^{er}, du décret du 17 novembre 2008 pour la création d'un conseil consultatif pour les questions familiales et générationnelles, les mots "des instances spécialisées compétentes" sont remplacés par les mots "du département compétent".

Section 3. — Affaires sociales

Art. 4. L'article 2, § 3, du décret du 9 mai 1994 relatif aux habitations destinées à l'accueil d'urgence est abrogé.

Art. 5. Dans le même décret, il est inséré un article 18.1 rédigé comme suit :

« Art. 18.1 Lorsqu'un pouvoir organisateur ne dispose, pour une personne en détresse, d'aucune habitation destinée à l'accueil d'urgence ou d'aucune qui soit adéquate, il est autorisé à héberger cette personne dans une habitation destinée à l'accueil d'urgence relevant d'un autre pouvoir organisateur, et ce, à condition que les deux pouvoirs organisateurs aient conclu un accord de mise à disposition allant dans ce sens. Le Gouvernement fixe les conditions-cadres de cet accord. »

Art. 6. L'article 22, alinéa 2, du même décret, modifié par le décret du 16 juin 2008, est complété par la phrase suivante :

« Sont exclus de ce subside les contrats locatifs qui ont été conclus entre une commune et un centre public d'aide sociale situé sur le territoire de ladite commune. »

Art. 7. A l'article 24 du même décret, les mots "de la division compétente" sont remplacés par les mots "du département compétent".

Art. 8. A l'article 7 du décret du 5 mai 2014 portant agrégation et soutien de points de contact social, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, 5°, le mot "développer" est remplacé par les mots "avoir développé";

2° dans le § 1^{er}, le 7°, est complété par les mots : ", la sécurité de cette infrastructure étant notamment prouvée par un avis positif en matière de sécurité incendie, établi par le commandant des pompiers compétent";

3° le § 2, alinéa 1^{er}, 1°, du même article est remplacé par ce qui suit :

« 1° être au moins porteur soit d'un certificat de l'enseignement secondaire supérieur et disposer d'une expérience professionnelle d'au moins trois ans dans le domaine social, soit d'un diplôme de bachelier à orientation sociale ou pédagogique; »

4° le § 2, alinéa 2, est abrogé.

Art. 9. Dans l'article 11, § 2, alinéa 2, du même décret, la première phrase est complétée par les mots : ", l'échelle de traitement applicable au porteur d'un bachelier étant prise en considération pour le subside maximal".

Art. 10. L'article 16, § 1^{er}, du même décret est remplacé par ce qui suit :

« § 1^{er}. Les points de contact social déjà agréés au 1^{er} janvier 2016 disposent, à partir de cette date, d'un délai de 24 mois pour présenter l'avis de sécurité incendie mentionné à l'article 7, § 1^{er}, 7°. »

Section 4. — Personnes handicapées

Art. 11. L'article 7, alinéa 2, du décret du 19 juin 1990 portant création d'un "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung" (Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées), modifié par le décret du 17 mai 2004, est remplacé par ce qui suit :

« Le président doit avoir une connaissance approfondie de la langue allemande. »

Section 5. — Aide à la jeunesse

Art. 12. A l'article 37 de la loi du 8 avril 1965 relative à la protection de la jeunesse, à la prise en charge des mineurs ayant commis un fait qualifié infraction et à la réparation du dommage causé par ce fait, modifié en dernier lieu par la loi du 27 décembre 2006, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les 5°, 6°, 9°, 10° et 11° sont abrogés;

2° dans le § 3, alinéa 2, 2°, les mots "vingt-trois ans" sont remplacés par les mots "vingt ans";

3° le § 3, alinéa 3, est abrogé.

Art. 13. L'article 57bis, § 4, de la même loi, inséré par la loi du 13 juin 2006, est abrogé.

Art. 14. La loi du 1^{er} mars 2002 relative au placement provisoire de mineurs ayant commis un fait qualifié infraction, modifiée par les lois des 13 juin 2006 et 27 décembre 2006, est abrogée.

Art. 15. A l'article 5 du décret du 19 mai 2008 relatif à l'aide à la jeunesse et visant la mise en œuvre de mesures de protection de la jeunesse, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, l'alinéa 2, 2°, est remplacé par ce qui suit :

« 2° le centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, par au moins un représentant; »

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, le 5° est abrogé;

3° le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« § 2. Les missions du comité d'accompagnement sont les suivantes :

1° organiser tous les deux ans, selon les possibilités, un forum sur l'aide à la jeunesse axé sur la planification de l'aide, la mise en réseau et la prévention. Y participeront les services, organisations, institutions et centres actifs dans les domaines de travail directement ou indirectement concernés;

2° dans le cadre de ces forums, déterminer de manière ciblée les besoins en matière d'aide à la jeunesse et promouvoir la coopération entre les partenaires, tout en tenant compte des besoins et intérêts des mineurs et des personnes chargées de leur éducation. Les initiatives qui naissent dans ce cadre feront l'objet d'un examen quant à leur opportunité et seront soutenues en conséquence. »

CHAPITRE 2 — MATIERES CULTURELLES

Section 1^{re}. — Culture

Art. 16. A l'article 21 du décret du 18 novembre 2013 visant à soutenir la culture en Communauté germanophone, les modifications suivantes sont apportées :

1° il est inséré un nouvel alinéa 1^{er} rédigé comme suit :

« Les subsides prévus dans le présent chapitre sont octroyés sous la forme d'avances représentant 80 % du montant escompté. »;

2° les alinéas 1^{er} et 2 actuels deviennent les alinéas 2 et 3;

3° dans le nouvel alinéa 2, les mots "En vue de la liquidation des subsides prévus dans le présent chapitre," sont remplacés par les mots "En vue de la liquidation du solde,";

4° l'article est complété par un alinéa 4 rédigé comme suit :

« Par dérogation aux alinéas 1^{er} à 3, le montant mentionné à l'article 43 dans le cadre de la distinction "artiste de la Communauté germanophone" est liquidé sous la forme d'une tranche unique. »

Art. 17. A l'article 22 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 1° est complété par les mots "par rapport aux activités normales du demandeur";

2° dans le 2°, les mots ", par rapport aux activités normales du demandeur," sont abrogés.

Art. 18. A l'article 23, § 2, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots "31 mars" et "au moins un mois avant le début du projet" sont remplacés respectivement par les mots "30 juin" et "au plus tard pour le 31 octobre de l'année calendrier précédente";

2° dans l'alinéa 3, les mots "1^{er} avril" sont remplacés par les mots "1^{er} juillet".

Art. 19. Dans l'article 24, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots "que les conditions de soutien sont remplies" sont remplacés par les mots "les documents introduits".

Art. 20. Dans l'article 27, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots "que les conditions de soutien sont remplies" sont remplacés par les mots "les documents introduits".

Art. 21. Dans l'article 30, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots "que les conditions de soutien sont remplies" sont remplacés par les mots "les documents introduits".

Art. 22. Dans l'article 35, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots "que les conditions de soutien sont remplies" sont remplacés par les mots "les documents introduits".

Art. 23. Dans le chapitre 3, section 6, du même décret, il est inséré un article 38.1 rédigé comme suit :

« *Art. 38.1 - Bourse*

Après avoir vérifié les documents introduits, le Gouvernement peut octroyer la bourse pour un projet culturel ».

Art. 24. L'article 52 du même décret est complété par un sixième paragraphe rédigé comme suit :

« § 6. La liquidation des subsides mentionnés aux §§ 3 à 5 présuppose des prestations effectives. Les justificatifs correspondants sont introduits conformément au § 2. »

Art. 25. L'article 60 du même décret est complété par un alinéa 2 rédigé comme suit :

« L'appel annuel aux candidats se rapporte chaque fois à une saison théâtrale allant du 1^{er} juillet de l'année de l'appel aux candidats au 30 juin de l'année calendrier suivante. »

Art. 26. Dans l'article 61, § 1^{er}, du même décret, les mots "précédant l'année du classement" sont remplacés par les mots "de l'année de l'appel aux candidats".

Art. 27. Dans l'article 64, § 1^{er}, alinéa 2, du même décret, le mot "an" est remplacé par le mot "saison".

Art. 28. (concerne le texte allemand)

Art. 29. Dans le même décret, il est inséré, entre le chapitre 6 et le chapitre 7, un chapitre 6.1, comportant les articles 89.1 à 89.6, rédigé comme suit :

CHAPITRE 6.1 — *Commission "Art" de la Communauté germanophone*

Art. 89.1 - Création

Il est créé une commission "Art" de la Communauté germanophone. Le Gouvernement en assure le suivi.

Art. 89.2 - Missions

Les missions de la commission "Art" sont les suivantes :

1° prodiguer des conseils au Gouvernement pour l'acquisition d'objets d'art et, sur demande, expertiser de tels objets;

2° proposer l'acquisition d'objets d'art.

Art. 89.3 - Composition

La commission "Art" se compose de trois membres experts au moins et de cinq au plus, désignés par le Gouvernement après un appel aux candidats, et ce, pour une période de quatre ans renouvelable.

Le Gouvernement désigne le président parmi les membres de la commission "Art".

Lorsque le mandat d'un membre prend fin prématurément, un membre nouvellement désigné achève le mandat.

La commission "Art" entamera ses activités en 2017.

Art. 89.4 - Fonctionnement

La commission "Art" se réunit sur invitation du président, selon la nécessité. Les séances se déroulent à huis clos.

Les décisions prises par la commission "Art" font l'objet d'un consensus. La commission ne délibère valablement que si la moitié des membres au moins sont présents. Elle se dote d'un règlement d'ordre intérieur qu'elle soumet à l'approbation du Gouvernement.

Le Gouvernement fixe la procédure en cas de suspicion légitime des membres.

Art. 89.5 - Recommandations

Après chaque séance, la commission "Art" soumet au Gouvernement un rapport contenant des recommandations à propos des acquisitions.

Art. 89.6 - Indemnités

Les membres de la commission "Art" perçoivent des jetons de présence et des indemnités de déplacement conformément aux dispositions fixées par le Gouvernement. »

Section 2. — Jeunesse

Art. 30. L'article 8 du décret du 6 décembre 2011 visant à soutenir l'animation de jeunesse, modifié par le décret du 25 février 2013, est complété par un 6° rédigé comme suit :

« 6° comptent au moins 50 jeunes gens comme membres. »

Art. 31. Dans l'article 52, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même décret, le mot "neuf" est remplacé par le mot "dix".

Section 3. — Sport

Art. 32. Dans l'article 27, § 2, 1^o, du décret du 19 avril 2004 sur le sport, remplacé par le décret du 27 avril 2009, les mots "licencié ou régent" sont remplacés par les mots "master ou bachelor".

Art. 33. Dans l'article 35, alinéa 2, du même décret, le troisième tiret est remplacé par ce qui suit :

« - un collaborateur de chacun des départements du Ministère de la Communauté germanophone compétents pour l'Organisation de l'enseignement, le Sport et la Santé, ces collaborateurs étant désignés par le Gouvernement. »

Section 4. — Médias

Art. 34. L'article 9, § 1^{er}, du décret du 27 juin 1986 relatif au Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone est remplacé par ce qui suit :

« Pour être élu membre du Conseil du Centre, il faut jouir des droits civiques et politiques, être âgé d'au moins 21 ans et maîtriser la langue allemande. »

Art. 35. Dans l'article 1^{er}, § 2, du décret du 7 février 1994 relatif à l'aide accordée à la presse quotidienne, la seconde phrase est abrogée.

Art. 36. A l'article 2 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o le paragraphe 1^{er}, alinéa 1^{er}, est remplacé par ce qui suit :

« Est considérée comme unité de presse la société dont le siège social ou le siège d'exploitation, selon le cas, se trouve en région de langue allemande et ayant surtout pour objet l'édition d'un ou de plusieurs titres quotidiens distribués à titre onéreux. »

2^o dans le paragraphe 2, les 1^o et 2^o sont remplacés par ce qui suit :

« 1^o avoir sorti au moins 250 éditions quotidiennes du même journal en langue allemande qui, tant sous forme imprimée que sous forme digitale, sont distribuées à titre onéreux et comprennent au moins 16 pages rédactionnelles;

2^o avoir vendu, en moyenne annuelle, au moins 7 500 exemplaires par édition du quotidien mentionné au 1^o, qu'il s'agisse d'exemplaires imprimés ou digitaux;« ;

3^o dans le § 2, 3^o, les mots "âgés de 65 ans au plus" sont abrogés;

4^o le § 3 est abrogé.

Art. 37. Dans l'article 3, alinéa 2, du même décret, les mots "§§ 1^{er} et 3" sont remplacés par les mots "§ 1^{er}".

Art. 38. Dans l'article 4 du même décret, les mots "§§ 1^{er}-3" sont remplacés par les mots "§§ 1^{er} et 2" et les mots "tant sous forme imprimée que sous forme digitale," sont insérés entre les mots "d'un quotidien," et les mots "un subside".

Art. 39. Dans l'intitulé du titre 2, chapitre 2, section 4, du décret du 27 juin 2005 sur les services de médias audiovisuels et les représentations cinématographiques, inséré par le décret du 3 décembre 2009, les mots "séances parlementaires publiques" sont remplacés par les mots "séances et manifestations publiques du Parlement".

Art. 40. L'article 16, § 1^{er}, 2^o, du même décret, modifié par le décret du 3 décembre 2009, est remplacé par ce qui suit :

« 2^o la retransmission de séances et manifestations publiques du Parlement de la Communauté germanophone conformément à l'article 16.1. »

Art. 41. A l'article 16.1 du même décret, inséré par le décret du 3 décembre 2009, les modifications suivantes sont apportées :

1^o l'intitulé de l'article est remplacé par ce qui suit :

« Article 16.1 - Séances et manifestations du Parlement ».

2^o dans l'alinéa 1^{er}, les mots "et manifestations" sont insérés après le mot "séances".

CHAPITRE 3. — POUVOIRS LOCAUX

Art. 42. Dans l'article 8 du décret du 20 décembre 2004 organisant la tutelle administrative ordinaire sur les communes de la région de langue allemande, le 2^o, remplacé par le décret du 15 mars 2010, est complété par les mots "et la zone de secours".

CHAPITRE 4. — INFRASTRUCTURE

Section 1^{re}. — Décret relatif à l'infrastructure

Art. 43. Dans l'article 21, § 2, du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure, modifié par les décrets des 1^{er} mars 2004, 21 mars 2005 et 2 mars 2015, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2 :

« Lorsqu'un projet d'infrastructure ne respecte pas en tout point les prescriptions en matière d'accessibilité aux personnes handicapées au moment de la demande, le Gouvernement peut délivrer une promesse conditionnelle, sous réserve des travaux à réaliser. Dans ce cas, et si les obligations correspondantes n'ont pas été prises en considération lors la réalisation des travaux, le demandeur perd le droit au subventionnement pour la phase de construction mentionnée dans la promesse. »

Art. 44. Dans l'article 33 du même décret, les mots "ainsi que pour ceux envisagés dans le secteur de la formation professionnelle et technique ouverte à différents pouvoirs organisateurs" sont abrogés.

Art. 45. L'article 34 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 34. Infrastructures pour la formation professionnelle et technique

Par dérogation à l'article 16, le subside représente 100 % du montant total des dépenses subsidiées pour les projets d'infrastructure mentionnés à l'article 2, alinéa 1^{er}, qui sont envisagés dans le secteur de la formation professionnelle et technique et sont ouverts à différents pouvoirs organisateurs. »

Art. 46. Dans le chapitre II, section 3, du même décret, il est inséré un article 39.1 rédigé comme suit :

« Art. 39.1 - Subside provincial

La Province subsidie les projets d'infrastructure mentionnés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 4^o, lorsqu'il s'agit de bâtiments, ensembles et sites classés ainsi que d'installations y attachées à demeure.

Par demande concernant un bien classé, ce subside représente 4 % du montant total des dépenses acceptables pris en compte pour une subsideation.

Le demandeur introduit une demande de subsides auprès de la Province. Une fois les travaux réalisés, la Province liquide directement le subside au demandeur sur la base des justificatifs introduits. »

Art. 47. Dans le chapitre II du même décret, il est inséré après l'article 43 une section 5, comportant les articles 44 à 44.3, rédigée comme suit :

« Section 5. — Hôpitaux »

Art. 48. L'article 44 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 44. Conditions générales pour la subsidiation d'hôpitaux

Sans préjudice de l'application de l'article 10, les projets d'infrastructure relatifs à des hôpitaux ne sont subsidiables que :

- s'ils se rapportent aux services d'hospitalisation agréés et aux services médico-techniques;
- sur présentation d'une convention de coopération conclue entre les hôpitaux de la Communauté germanophone et respectant les obligations minimales déterminées par le Gouvernement. »

Art. 49. Dans la nouvelle section 5 du même décret, il est inséré des articles 44.1 à 44.3 rédigés comme suit :

« Art. 44.1 - Taux général de subsidiation

Par dérogation à l'article 16, alinéa 1^{er}, le subside représente 80 % du montant total des dépenses subsidiables pour les projets d'infrastructure mentionnés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1^o à 3^o, 5^o et 7^o à 10^o, envisagés par des hôpitaux.

Art. 44.2 - Travaux de remise en état réalisés dans des hôpitaux

Par dérogation aux articles 8 à 9 et 11 à 26, les hôpitaux obtiennent une subvention annuelle forfaitaire pour le projet d'infrastructure mentionné à l'article 2, alinéa 1^{er}, 4^o.

Les crédits budgétaires disponibles déterminent la subvention, celle-ci étant répartie entre les hôpitaux proportionnellement au nombre de lits agréés.

Tous les frais liés directement ou indirectement aux travaux de remise en état fixés par le Gouvernement sont pris en considération pour justifier l'utilisation des moyens.

Le Gouvernement détermine les documents qui doivent être introduits en vue de contrôler l'utilisation des moyens de cette subvention.

Le Gouvernement récupère les fonds qui, dans les trois ans suivant leur liquidation, ont été utilisés à d'autres fins. Des intérêts calculés au taux légal sont dus sur ces montants.

Art. 44.3 - Equipement d'hôpitaux

Par dérogation à l'article 16, alinéa 2, le subside représente 60 % du montant total des dépenses subsidiables pour le projet d'infrastructure mentionné à l'article 2, alinéa 1^{er}, 6^o, envisagé par des hôpitaux.

Ce subside est plafonné en fonction des crédits budgétaires disponibles et sa liquidation est liée à la présentation d'un plan commun annuel d'investissement portant sur l'équipement des hôpitaux. »

Art. 50. L'article 45, 5^o, du décret-programme du 24 février 2014 est remplacé par ce qui suit :

« 5^o des articles 30 à 38, qui entrent en vigueur le 1^{er} janvier 2018. »

Section 2. — Législation fédérale relative aux hôpitaux

Art. 51. Dans la loi sur les hôpitaux et autres établissements de soins, coordonnée le 10 juillet 2008, l'article 63, l'article 64, modifié par l'arrêté royal du 19 juin 2009, l'article 65, alinéa 1^{er}, et l'article 106 sont abrogés.

Art. 52. L'article 1^{er}, 1^o, de l'arrêté royal du 19 mai 1987 fixant les conditions d'octroi de l'indemnisation pour la non-exécution de projets de construction d'hôpitaux et pour la fermeture et la non-mise en service d'hôpitaux ou de services hospitaliers, ainsi que le mode de calcul de l'indemnisation, est abrogé.

Art. 53. Le chapitre II du même arrêté royal, comprenant les articles 2 à 5 et modifié par l'arrêté royal du 10 juillet 1990, est abrogé.

Art. 54. Dans l'article 7, 1^o, de l'arrêté royal du 25 avril 2002 relatif à la fixation et à la liquidation du budget des moyens financiers des hôpitaux, modifié par l'arrêté royal du 25 avril 2014, les a) et c) sont abrogés.

Art. 55. A l'article 8 du même arrêté, modifié par les arrêtés royaux des 26 octobre 2011 et 25 avril 2014, les modifications suivantes sont apportées :

- 1^o dans le a), les mots "a) et" sont abrogés;
- 2^o dans le b), les mots "a) et" sont abrogés;
- 3^o dans le c), les mots "1^o, c) et" sont abrogés;
- 4^o dans le d), les mots "1^o, a)" sont abrogés;
- 5^o dans le e), les mots "a) et" sont abrogés.

Art. 56. Dans le même arrêté, les articles suivants sont abrogés :

- 1^o l'article 9, remplacé par l'arrêté royal du 25 avril 2014;
- 2^o l'article 11;
- 3^o l'article 24, modifié par l'arrêté royal du 26 novembre 2010;
- 4^o l'article 25, modifié par les arrêtés royaux des 10 novembre 2006, 26 novembre 2010 et 17 décembre 2012;
- 5^o l'article 26, remplacé par l'arrêté royal du 26 novembre 2010;
- 6^o l'article 26bis, inséré par l'arrêté royal du 26 octobre 2011 et modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 25 avril 2014;
- 7^o l'article 27, modifié par l'arrêté royal du 26 octobre 2011;
- 8^o l'article 28;
- 9^o l'article 29, remplacé par l'arrêté royal du 17 décembre 2012 et modifié par l'arrêté royal du 25 avril 2014;
- 10^o l'article 29bis, inséré par l'arrêté royal du 25 avril 2014;

11° l'article 31, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 26 décembre 2013.

Art. 57. Dans l'article 86, § 1^{er}, du même arrêté, modifié par l'arrêté royal du 25 avril 2014, les mots "A1," et "A3," sont abrogés.

Art. 58. A l'article 88 du même arrêté, modifié par les arrêtés royaux des 4 juin 2003 et 17 décembre 2012, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, le 1° est abrogé;

2° dans le § 2, les mots "A1," et "A3," sont abrogés.

Art. 59. Dans l'article 89, alinéa 2, 1^{er} tiret, du même arrêté, modifié par les arrêtés royaux des 4 juin 2003 et 17 décembre 2012, le mot "A1," est abrogé.

Art. 60. Dans l'article 91bis du même arrêté royal, inséré par l'arrêté royal du 10 novembre 2006, le mot "A1," est abrogé.

Art. 61. Dans l'article 91quinquies, § 2, du même arrêté, inséré par l'arrêté royal du 10 novembre 2006, les mots "A1, A3," sont abrogés.

Art. 62. Sont abrogés :

1° l'arrêté royal du 13 décembre 1966 déterminant le taux et certaines conditions d'octroi des subventions pour la construction, le reconditionnement, l'équipement et l'appareillage d'hôpitaux, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 17 mai 2007;

2° l'arrêté royal du 14 août 1989 fixant la procédure relative à l'approbation du calendrier par le Ministre national ayant la Santé publique dans ses attributions, conformément à l'article 97bis, 2^e alinéa, de la loi coordonnée sur les hôpitaux, modifié par l'arrêté royal du 10 juillet 1990;

3° l'arrêté royal du 4 mai 1999 déterminant les critères généraux pour la fixation et l'approbation du calendrier visé à l'article 46bis, alinéa 1^{er}, de la loi sur les hôpitaux pour l'entité compétente en matière de politique de santé sur la base de l'article 130 de la Constitution;

4° l'arrêté royal du 4 mai 1999 déterminant les critères généraux pour la fixation et l'approbation du calendrier visé à l'article 46bis, alinéa 1^{er}, de la loi sur les hôpitaux pour les autorités compétentes en matière de politique de santé sur base des articles 128, 130 et 135 de la Constitution, modifié par l'arrêté royal du 1^{er} mars 2007;

5° l'arrêté ministériel du 3 novembre 1969 déterminant les règles relatives à l'intervention financière de l'Etat dans la construction, le reconditionnement, l'équipement et l'appareillage d'hôpitaux;

6° l'arrêté ministériel du 1^{er} juillet 1971 modifiant les arrêtés ministériels des 8 juin 1967 et 2 octobre 1969 fixant le coût maximum par lit à prendre en considération pour l'application de l'arrêté royal du 13 décembre 1966 déterminant le taux et certaines conditions d'octroi des subventions pour la construction, le reconditionnement, l'équipement et l'appareillage d'hôpitaux;

7° l'arrêté ministériel du 8 novembre 1973 modifiant l'arrêté ministériel du 1^{er} juillet 1971, fixant le coût maximum par lit à prendre en considération pour l'application de l'arrêté royal du 13 décembre 1966, déterminant le taux et certaines conditions d'octroi des subventions pour la construction, le reconditionnement, l'équipement et l'appareillage d'hôpitaux;

8° l'arrêté ministériel du 1^{er} septembre 1978 modifiant les arrêtés ministériels des 1^{er} juillet et 8 novembre 1973 fixant les coûts maxima par lit à prendre en considération pour l'application de l'arrêté royal du 13 décembre 1966 déterminant le taux et certaines conditions d'octroi des subventions pour la construction, le reconditionnement, l'équipement et l'appareillage d'hôpitaux, modifié par les arrêtés ministériels des 12 avril 1984 et 12 octobre 1993;

9° l'arrêté ministériel du 4 septembre 1978 modifiant l'arrêté ministériel du 1^{er} juillet 1971 fixant les coûts maxima par lit à prendre en considération pour l'application de l'arrêté royal du 13 décembre 1966 déterminant le taux et certaines conditions d'octroi des subventions pour la construction, le reconditionnement, l'équipement et l'appareillage des hôpitaux, modifié par les arrêtés ministériels des 12 avril 1984 et 12 octobre 1993;

10° l'arrêté ministériel du 4 septembre 1989 fixant les modalités de la preuve de l'approbation du calendrier des constructions par le Ministre national ayant la Santé publique dans ses attributions, conformément à l'article 97bis, 2^e alinéa, de la loi coordonnée sur les hôpitaux;

11° l'arrêté ministériel du 11 mai 2007 fixant le coût maximal pouvant être pris en considération pour l'octroi des subventions pour la construction de nouveaux bâtiments, les travaux d'extension et de reconditionnement d'un hôpital ou d'un service.

Art. 63. Les dispositions mentionnées dans la présente section restent applicables aux investissements assurés dans les infrastructures et les services médico-techniques des hôpitaux par l'autorité fédérale en vertu de l'article 47/9, § 4, de la loi spéciale du 16 janvier 1989 relative au financement des Communautés et des Régions.

CHAPITRE 5. — FINANCES ET BUDGET

Art. 64. Dans l'intitulé du décret du 21 décembre 1995 portant création d'un fonds d'amortissement en Communauté germanophone, les mots "fonds d'amortissement en Communauté germanophone" sont remplacés par les mots "fonds de gestion des dettes financières de la Communauté germanophone".

Art. 65. A l'article 1^{er}, du même décret, modifié par le décret du 25 février 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots "fonds d'amortissement" sont remplacés par les mots "fonds de gestion des dettes financières de la Communauté germanophone", ci-après dénommé « fonds »;

2° dans l'alinéa 2, les mots "fonds d'amortissement de la Communauté germanophone" sont remplacés par le mot "fonds".

Art. 66. L'article 2 du même décret, modifié par les décrets des 3 février 2003 et 25 février 2013, est remplacé par ce qui suit :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots "des frais bancaires, des frais en relation avec l'émission de billets de trésorerie" sont insérés entre les mots "par la Communauté germanophone," et les mots ", des intérêts débiteurs";

2° l'alinéa 2 est abrogé.

Art. 67. A l'article 3 du même décret, modifié par le décret du 3 février 2003, les mots "fonds d'amortissement" sont remplacés par le mot "fonds" et la seconde phrase est abrogée.

Art. 68. Dans l'article 4 du même décret, les mots "fonds d'amortissement" sont remplacés par le mot "fonds".

Art. 69. L'article 4bis du même décret, inséré par le décret du 3 février 2003 et modifié par le décret du 25 février 2013, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 4bis. Les dépenses du fonds consistent en :

1° remboursements en capital et intérêts des emprunts contractés, leasings financiers et produits financiers similaires;

2° intérêts débiteurs;

3° intérêts de lignes de crédit;

4° intérêts et frais en relation avec l'émission de billets de trésorerie;

5° frais bancaires et autres frais de financement. »

Art. 70. A l'article 104 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, modifié par les décrets des 19 avril 2010 et 24 février 2014, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, le montant "6.000 euros" est remplacé par "10.000 euros";

2° dans le § 2, le montant "6.000 euros" est remplacé par "10.000 euros".

CHAPITRE 6. — DISPOSITIONS FINALES

Section 1^{re}. — Funérailles et sépultures

Art. 71. A l'article 4 du décret du 14 février 2011 sur les funérailles et sépultures, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, l'alinéa 1^{er} est complété par la phrase suivante :

« Constitue un cimetière tout lieu où sont inhumées plus de cinq dépouilles mortelles ».

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, la première phrase est abrogée; dans la seconde, les mots "une parcelle pour des tombes" sont insérés entre les mots "au moins" et "une parcelle d'inhumation des urnes".

Section 2. — Non discrimination

Art. 72. L'article 1^{er} du décret du 19 mars 2012 visant à lutter contre certaines formes de discrimination est complété par un alinéa 2 rédigé comme suit :

« Le présent décret sert à transposer partiellement la Directive 2010/18/UE du Conseil du 8 mars 2010 portant application de l'accord-cadre révisé sur le congé parental conclu par BUSINESSSEUROPE, l'UEAPME, le CEEP et la CES et abrogeant la Directive 96/34/CE. »

Art. 73. Dans l'article 2, 3°, du même décret, les mots "la parentalité" sont insérés entre les mots "maternité," et "ou encore".

Art. 74. Dans l'article 3, 1°, du même décret, les mots "la parentalité" sont insérés entre les mots "maternité," et "ou".

Art. 75. L'article 18, § 6, du même décret est remplacé par ce qui suit :

« § 6. La protection visée dans le présent article est également d'application aux personnes qui interviennent comme témoin, conseil, défenseur ou soutien de la personne concernée. »

Art. 76. L'article 19, § 9, du même décret est remplacé par ce qui suit :

« § 9. La protection visée dans le présent article est également d'application aux personnes qui interviennent comme témoin, conseil, défenseur ou soutien de la personne concernée. »

Section 3. — Prix du Parlement de la Communauté germanophone

Art. 77. L'article 1^{er} du décret du 19 décembre 1988 relatif à l'attribution du Prix du Parlement de la Communauté germanophone, modifié par les décrets des 29 janvier 2007 et 29 juin 2015, est remplacé par ce qui suit :

« Article 1^{er}. Le Parlement attribue le Prix du Parlement de la Communauté germanophone pour des œuvres concernant les domaines suivants :

- sciences publiques et en particulier les sciences juridiques, politiques, financières et administratives;
- histoire;
- littérature;
- histoire régionale;
- architecture, aménagement du territoire et du paysage;
- linguistique;
- archivistique et bibliothéconomie;
- biographies;
- économie et sciences humaines;
- art et culture.

Toutes les œuvres doivent être rédigées et introduites en langue allemande. Cela ne vaut pas pour les œuvres dans le domaine des sciences publiques; celles-ci peuvent aussi être rédigées et introduites en français, néerlandais ou anglais.

Sont admis comme support pour ces œuvres les médias imprimés, visuels, sonores et électroniques. »

CHAPITRE 7. — DISPOSITIONS FINALES

Art. 78. Le présent décret entre en vigueur le jour de sa publication, à l'exception :

1° de l'article 14, qui produit ses effets le 1^{er} janvier 2013;

2° des articles 1^{er}, 4, 7, 11, 34 à 41, 47 à 63, 70 et 77, qui produisent leurs effets le 1^{er} janvier 2016.

Nous promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 22 février 2016.

O. PAASCH

Le Ministre-Président

Mme I. WEYKMANS

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme

A. ANTONIADIS

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales

H. MOLLERS

Le Ministre de l'Education et de la Recherche scientifique

—————
Note

(1) *Session 2015-2016.*

Documents parlementaires : 94 (2015-2016), n° 1. Proposition de décret.

94 (2015-2016), n° 2. Propositions d'amendement.

94 (2015-2016), n° 3. Rapport.

Compte rendu intégral : 22 février 2016, n° 24. Discussion et vote.

—————
VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2016/201952]

22 FEBRUARI 2016. — Programmadecreet 2016 (1)

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK 1. — PERSOONSGEBONDEN AANGELEGENHEDEN

Afdeling 1. — Gezondheid

Artikel 1. Artikel 2, § 4, vierde lid, van de wet van 22 januari 1945 betreffende de economische reglementering en de prijzen, gewijzigd bij de wet van 30 juli 1971, wordt gewijzigd als volgt :

« Voor de vaststelling van de maximumprijzen of de perken zoals bedoeld in dit artikel, met uitzondering van de vaststelling van de prijzen in de instellingen voor bejaardenopvang in het Duitse taalgebied, raadpleegt de Minister tot wiens bevoegdheid de Economische Zaken behoren vooraf de Commissie tot Regeling van de Prijzen, waarvan het statuut door de Koning wordt vastgelegd, volgens de modaliteiten vastgesteld bij een in Ministerraad overlegd koninklijk besluit. »

Art. 2. In artikel 11, tweede lid, van het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden, de seniorenresidenties en de psychiatrische verzorgingstehuizen wordt het woord "afdeling" vervangen door het woord "departement".

Afdeling 2. — Gezin

Art. 3. In artikel 7, eerste lid, van het decreet van 17 november 2008 betreffende de oprichting van een adviesraad voor gezins- en generatievraagstukken worden de woorden "in de bevoegde afdeling" vervangen door de woorden "in het bevoegde departement".

Afdeling 3. — Sociale aangelegenheden

Art. 4. Artikel 2, § 3, van het decreet van 9 mei 1994 betreffende de noodopvangwoningen wordt opgeheven.

Art. 5. In hetzelfde decreet wordt een artikel 18.1 ingevoegd, luidende :

« Art. 18.1 Indien een inrichtende macht geen of geen geschikte noodopvangwoning voor een persoon in noodtoestand heeft, mag hij die persoon in een noodopvangwoning van een andere inrichtende macht onderbrengen op voorwaarde dat de beide inrichtende machten een overeenkomst over de terbeschikkingstelling sluiten. De Regering legt de kadervoorwaarden voor die overeenkomst vast. »

Art. 6. Artikel 22, tweede lid, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 16 juni 2008, wordt aangevuld met de volgende zin :

« Die toelage geldt niet voor huurcontracten tussen een gemeente en een openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn dat zich op het grondgebied van diezelfde gemeente bevindt. »

Art. 7. In artikel 24 van hetzelfde decreet worden de woorden "de bevoegde afdeling" vervangen door de woorden "het bevoegde departement".

Art. 8. In artikel 7 van het decreet van 5 mei 2014 tot erkenning en ondersteuning van sociale trefpunten worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in paragraaf 1, 5°, wordt het woord "uitwerken" vervangen door de woorden "uitgewerkt hebben";

2° paragraaf 1, 7°, wordt vervangen als volgt :

« 7° in het Duitse taalgebied over de infrastructuur beschikken die voor de aangeboden hulp en de activiteiten noodzakelijk is, waarbij de veiligheid van die infrastructuur in het bijzonder aangetoond wordt met een gunstig advies over de brandveiligheid, gegeven door de bevoegde commandant van de brandweerdienst; »

3° paragraaf 2, eerste lid, 1°, wordt vervangen als volgt :

« 1° houder zijn van een getuigschrift van hoger secundair onderwijs en op zijn minst drie jaar beroepservaring in de sociale sector hebben of op zijn minst houder zijn van een bachelor in een sociale of pedagogische richting; »

4° paragraaf 2, tweede lid, wordt opgeheven.

Art. 9. In artikel 11, § 2, tweede lid, van hetzelfde decreet wordt de eerste zin vervangen als volgt :

« De subsidie van de personeelskosten bedraagt 87,5 % van de werkelijke loonkosten en wordt berekend volgens de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid", waarbij voor de hoogste subsidie de weddeschaal van de houder van een bachelor in aanmerking wordt genomen. »

Art. 10. Artikel 16, § 1, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« § 1. De sociale trefpunten die op 1 januari 2016 al erkend waren, hebben vanaf die datum 24 maanden de tijd om het advies over de brandveiligheid vermeld in artikel 7, § 1, 7°, voor te leggen. »

Afdeling 4. — Personen met een handicap

Art. 11. Artikel 7, tweede lid, van het decreet van 19 juni 1990 houdende oprichting van een "Dienststelle der Deutschsprachige Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung" (Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap), gewijzigd bij decreet van 17 mei 2004, wordt vervangen als volgt :

« De voorzitter heeft een grondige kennis van het Duits. »

Afdeling 5. — Jeugdbijstand

Art. 12. In artikel 37 van de wet van 8 april 1965 betreffende de jeugdbescherming, het ten laste nemen van minderjarigen die een als misdrijf omschreven feit hebben gepleegd en het herstel van de door dit feit veroorzaakte schade, laatstelijk gewijzigd bij de wet van 27 december 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in paragraaf 2, eerste lid, worden de bepalingen onder 5°, 6°, 9°, 10° en 11° opgeheven;

2° in paragraaf 3, tweede lid, 2°, worden de woorden "(drieëntwintig jaar)" vervangen door de woorden "twintig jaar";

3° paragraaf 3, derde lid, wordt opgeheven.

Art. 13. Artikel 57bis, § 4, van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 13 juni 2006, wordt opgeheven.

Art. 14. De wet van 1 maart 2002 betreffende de voorlopige plaatsing van minderjarigen die een als misdrijf omschreven feit hebben gepleegd, gewijzigd bij de wetten van 13 juni 2006 en 27 december 2006, wordt opgeheven.

Art. 15. In artikel 5 van het decreet van 19 mei 2008 over de Jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° paragraaf 1, tweede lid, 2°, wordt vervangen als volgt :

« 2° het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren door minstens één vertegenwoordiger »;

2° paragraaf 1, tweede lid, 5°, wordt opgeheven;

3° paragraaf 2 wordt vervangen als volgt :

« § 2. Het begeleidingscomité heeft de volgende opdracht :

1° zo mogelijk om de twee jaar een jeugdbijstandsforum organiseren om de jeugdbijstand te plannen, om te netwerken en om aan preventie te doen. Aan dat forum nemen de diensten, organisaties, instellingen en centra deel die direct of indirect met de betrokken werkerterreinen te maken hebben;

2° in het kader van die forums de behoeften in de jeugdbijstand gericht analyseren en de samenwerking tussen de partners bevorderen, rekening houdend met de behoeften en belangen van de minderjarigen en de personen belast met de opvoeding. De initiatieven die in dat kader ontstaan, worden op hun opportuniteit getoetst en worden dienovereenkomstig bevorderd. »

HOOFDSTUK 2. — CULTURELE AANGELEGENHEDEN

Afdeling 1. — Cultuur

Art. 16. In artikel 21 van het decreet van 18 november 2013 betreffende de ondersteuning van cultuur in de Duitstalige Gemeenschap worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° er wordt een nieuw eerste lid ingevoegd, luidende :

« De subsidies bepaald in dit hoofdstuk worden toegekend in de vorm van voorschotten die 80 % van het te verwachten bedrag bedragen. »

2° het bestaande eerste lid wordt het tweede lid en het bestaande tweede lid wordt het derde lid;

3° in het nieuwe tweede lid worden de woorden "De in dit hoofdstuk vermelde subsidies worden alleen uitbetaald als" vervangen door de woorden "Het restbedrag wordt alleen uitbetaald als";

4° het artikel wordt aangevuld met een nieuw vierde lid, luidende :

« In afwijking van het eerste tot het derde lid wordt het in artikel 43 vermelde bedrag van de onderscheiding "kunstenaar van de Duitstalige Gemeenschap" als een eenmalig bedrag uitbetaald. »

Art. 17. In artikel 22 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° de bepaling onder 1° wordt vervangen als volgt :

« 1° innovatief of buitengewoon zijn in vergelijking met de normale activiteiten van de aanvrager; »

2° in de bepaling onder 2° worden de woorden "in vergelijking met de normale activiteiten van de aanvrager" opgeheven.

Art. 18. In artikel 23, § 2, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het tweede lid worden de woorden "31 maart" vervangen door de woorden "30 juni" en worden de woorden "minstens één maand voor het begin van het project" vervangen door de woorden "uiterlijk op 31 oktober van het vorige kalenderjaar".

2° het derde lid wordt vervangen als volgt :

« Voor projecten die tussen 1 juli en 31 december van het organisatiejaar plaatshebben, wordt de aanvraag uiterlijk op 31 maart van hetzelfde jaar ingediend. »

Art. 19. In artikel 24, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "Nadat is nagegaan dat de ondersteuningsvoorwaarden vervuld zijn," vervangen door de woorden "Nadat de ingediende stukken gecontroleerd zijn,".

Art. 20. In artikel 27, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "Nadat is nagegaan dat de ondersteuningsvoorwaarden vervuld zijn," vervangen door de woorden "Nadat de ingediende stukken gecontroleerd zijn,".

Art. 21. In artikel 30, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "Nadat is nagegaan dat de ondersteuningsvoorwaarden vervuld zijn," vervangen door de woorden "Nadat de ingediende stukken gecontroleerd zijn,".

Art. 22. In artikel 35, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "Nadat is nagegaan dat de ondersteuningsvoorwaarden vervuld zijn," vervangen door de woorden "Nadat de ingediende stukken gecontroleerd zijn,".

Art. 23. In hoofdstuk 3, afdeling 6, van hetzelfde decreet wordt het volgende artikel 38.1 ingevoegd, luidende :

« *Art. 38.1 - Beurs*

Nadat de ingediende stukken gecontroleerd zijn, kan de Regering de beurs voor een cultuurproject toekennen. »

Art. 24. Artikel 52 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een paragraaf 6, luidende :

« § 6. De subsidies vermeld in de §§ 3 tot 5 worden alleen uitbetaald voor optredens die werkelijk hebben plaatsgevonden. De bewijzen daarvoor worden overeenkomstig § 2 ingediend. »

Art. 25. Artikel 60 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« De jaarlijkse oproep voor kandidaten geldt telkens voor één theaterseizoen dat loopt van 1 juli van het jaar van de oproep voor kandidaten tot 30 juni van het daaropvolgende kalenderjaar. »

Art. 26. In artikel 61, § 1, van hetzelfde decreet worden de woorden "dat aan de classificatie voorafgaat" vervangen door de woorden "van de oproep voor kandidaten".

Art. 27. In artikel 64, § 1, tweede lid, van hetzelfde decreet wordt het woord "jaar" door het woord "seizoen" vervangen.

Art. 28. (Geldt alleen voor de Duitse tekst).

Art. 29. In hetzelfde decreet wordt tussen hoofdstuk 6 en hoofdstuk 7 een hoofdstuk 6.1 ingevoegd dat de artikelen 89.1 tot 89.6 omvat :

« Hoofdstuk 6.1 - Kunstcommissie van de Duitstalige Gemeenschap

Art. 89.1 - Oprichting

Er wordt een kunstcommissie van de Duitstalige Gemeenschap opgericht. De Regering zorgt voor de begeleiding van de commissie.

Art. 89.2 - Taken

De kunstcommissie heeft de volgende taken :

1° de Regering adviseren bij kunstaankopen en op verzoek advies geven over kunstaankopen;

2° voorstellen voor kunstaankopen uitwerken.

Art. 89.3 - Samenstelling

De kunstcommissie bestaat uit ten minste drie en ten hoogste vijf deskundige leden die na een openbare oproep door de Regering aangewezen worden voor een verlengbare termijn van vier jaar.

De Regering wijst de voorzitter aan onder de leden van de kunstcommissie.

Als een lid zijn mandaat vroegtijdig beëindigt, wordt het mandaat door een nieuw aangewezen lid voleindigd.

De kunstcommissie vat haar activiteiten aan in 2017.

Art. 89.4 - Werkwijze

De kunstcommissie komt zo nodig op uitnodiging van de voorzitter bijeen. De vergaderingen zijn niet openbaar.

De kunstcommissie neemt haar beslissingen per consensus. Ze kan rechtsgeldig beraadslagen en besluiten, indien ten minste de helft van de leden aanwezig is. Ze stelt een huishoudelijk reglement op en legt het ter goedkeuring voor aan de Regering.

De Regering bepaalt hoe te werk wordt gegaan bij wraking van de leden.

Art. 89.5 - Aanbevelingen

De kunstcommissie legt de Regering na elke vergadering een verslag voor waarin ze aanbevelingen over de kunstaankopen doet.

Art. 89.6 - Vergoedingen

De leden van de kunstcommissie krijgen presentiegeld en reisvergoedingen overeenkomstig de door de Regering vastgelegde bepalingen. »

Afdeling 2. — Jeugd

Art. 30. Artikel 8 van het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk, gewijzigd bij decreet van 25 februari 2013, wordt aangevuld met een bepaling onder 6°, luidende :

« 6° aantonen dat minstens 50 jonge mensen lid zijn. »

Art. 31. In artikel 52, § 1, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt het woord "negen" vervangen door het woord "tien".

Afdeling 3. — Sport

Art. 32. In artikel 27, § 2, 1°, van het sportdecreet van 19 april 2004, vervangen bij het decreet van 27 april 2009, worden de woorden "licentiaat of leerkracht middelbaar onderwijs" vervangen door de woorden "master of bachelor".

Art. 33. In artikel 35, tweede lid, derde streepje, van hetzelfde decreet worden de woorden "elke der afdelingen "Onderwijs", "Culturele Aangelegenheden" en "Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden" vervangen door de woorden "elk der departementen bevoegd voor Onderwijsorganisatie, Sport en Gezondheid".

Afdeling 4. — Media

Art. 34. Artikel 9, § 1, van het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap wordt vervangen als volgt :

« § 1. Om tot lid van de Raad van het Centrum te worden verkozen, moet men de burgerlijke en politieke rechten genieten, ten minste 21 jaar oud zijn en de Duitse taal beheersen. »

Art. 35. In artikel 1, § 2, van het decreet van 7 februari 1994 betreffende de hulp aan de dagbladpers wordt de tweede zin opgeheven.

Art. 36. In artikel 2 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° paragraaf 1, eerste lid, wordt vervangen als volgt :

« Als perseenheid wordt beschouwd de onderneming die haar maatschappelijke zetel resp. bedrijfszetel in het Duitse taalgebied heeft en die in het bijzonder één of meer tegen betaling verspreide dagbladen uitgeeft. »

2° in paragraaf 2 worden de bepalingen onder 1° en 2° als volgt vervangen :

« 1° jaarlijks ten minste 250 daguitgaven van hetzelfde Duitstalige dagblad uitgegeven hebben die tegen betaling zowel in gedrukte als in digitale vorm verspreid worden en die ten minste 16 redactionele pagina's omvatten;

2° jaarlijks gemiddeld ten minste 7.500 exemplaren per uitgave van het dagblad vermeld in 1° verkocht hebben, ongeacht of het daarbij om gedrukte dan wel om digitale exemplaren gaat; »

3° in paragraaf 2, 3°, worden de woorden "van ten hoogste 65 jaar" opgeheven;

4° paragraaf 3 wordt opgeheven.

Art. 37. In artikel 3, tweede lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "§§ 2 en 3" vervangen door de woorden "§ 1".

Art. 38. In artikel 4 van hetzelfde decreet worden de woorden "§§ 1-3" vervangen door de woorden "§§ 1 en 2" en worden tussen de woorden "uitgave van een dagblad" en de woorden "een eenmalige startsubsidie" de woorden "zowel in gedrukte als in digitale vorm" ingevoegd.

Art. 39. Het opschrift van titel 2, hoofdstuk 2, afdeling 4, van het decreet van 27 juni 2005 over de audiovisuele mediadiensten en de filmvoorstellingen, ingevoegd bij decreet van 3 december 2009, wordt vervangen als volgt :

« *Afdeling 4. — Bijzondere bepalingen voor uitzendingen van het open kanaal en van openbare zittingen en evenementen van het Parlement*. »

Art. 40. Artikel 16, § 1, 2°, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 3 december 2009, wordt vervangen als volgt :

« 2° openbare zittingen en evenementen van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap overeenkomstig artikel 16.1. »

Art. 41. In artikel 16.1 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 3 december 2009, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het opschrift van het artikel wordt vervangen als volgt :

« Artikel 16.1 - Zittingen en evenementen van het Parlement ». »

2° in het eerste lid wordt na het woord "zittingen" de woorden "en evenementen" ingevoegd.

HOOFDSTUK 3. — *LOKALE BESTUREN*

Art. 42. Artikel 8, 2°, van het decreet van 20 december 2004 houdende organisatie van het gewone administratieve toezicht op de gemeenten van het Duitse taalgebied, vervangen bij het decreet van 15 maart 2010, worden na het woord "politiezone" de woorden "en de hulpverleningszone" ingevoegd.

HOOFDSTUK 4. — *INFRASTRUCTUUR*

Afdeling 1. — Decreet betreffende de infrastructuur

Art. 43. In artikel 21, § 2, van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur, gewijzigd bij de decreten van 1 maart 2004, 21 maart 2005 en 2 maart 2015, wordt na het eerste lid een lid ingevoegd, luidende :

« Indien een infrastructuurproject op het ogenblik van de aanvraag niet op alle punten aan de voorschriften inzake toegankelijkheid voor gehandicapten voldoet, kan de Regering een belofte verlenen onder voorbehoud van de uit te voeren werkzaamheden. In dat geval verliest de aanvrager het recht op subsidie voor de bouwfase vermeld in de belofte, indien de opgelegde voorwaarden bij voltooiing niet vervuld zijn. »

Art. 44. In artikel 33 van hetzelfde decreet worden de woorden "alsmede op het gebied van infrastructuurprojecten m.b.t. de beroepsopleiding en de technische opleiding die voor verschillende inrichtende machten open staan," opgeheven.

Art. 45. Artikel 34 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« Art. 34. Infrastructuur voor de beroepsopleiding en de technische opleiding

In afwijking van artikel 16 bedraagt de toelage voor de in artikel 2, eerste lid, vermelde infrastructuurprojecten voor de beroepsopleiding en de technische opleiding die voor verschillende inrichtende machten open staan, 100 % van het totaal subsidieerbaar bedrag der uitgaven. »

Art. 46. In hoofdstuk II, afdeling 3, van hetzelfde decreet wordt een artikel 39.1 ingevoegd, luidende :

« Art. 39.1 - *Subsidie van de provincie*

De provincie subsidieert de in artikel 2, eerste lid, 4^o, vermelde infrastructuurprojecten bij onder monumentenzorg geplaatste gebouwen, ensembles en landschappen of daaraan vast verbonden inrichtingen.

Die subsidie bedraagt per aanvraag voor een beschermd object minstens 4 % van het totaal subsidieerbaar bedrag van de aanneembare uitgaven.

De aanvrager dient bij de provincie een aanvraag om subsidie in. De provincie betaalt de subsidie rechtstreeks uit aan de aanvrager na voltooiing van de werkzaamheden, op basis van ingediende bewijsstukken. »

Art. 47. In hoofdstuk II van hetzelfde decreet wordt na artikel 43 een afdeling 5 ingevoegd die de artikelen 44 tot 44.3 bevat, luidende :

« *Afdeling 5. — Ziekenhuizen* »

Art. 48. Artikel 44 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« Art. 44. *Algemene voorwaarden voor de subsidiëring van ziekenhuizen*

Onverminderd de toepassing van artikel 10 zijn infrastructuurprojecten van ziekenhuizen alleen subsidieerbaar :

- als ze betrekking hebben op de erkende ziekenhuisdiensten en de medisch-technische diensten;

- na voorlegging van een samenwerkingsovereenkomst tussen de ziekenhuizen van de Duitstalige Gemeenschap die voldoet aan de door de Regering gestelde minimumeisen. »

Art. 49. In de nieuwe afdeling 5 van hetzelfde decreet worden de artikelen 44.1 tot 44.3 ingevoegd, luidende :

« Art. 44.1 *Algemene subsidiëtarieven*

In afwijking van artikel 16, eerste lid, bedraagt de subsidie voor de in artikel 2, eerste lid, 1^o tot 3^o, 5^o, en 7^o tot 10^o, vermelde infrastructuurprojecten van ziekenhuizen 80 % van het totaal subsidieerbaar bedrag der uitgaven.

Art. 44.2 Instaatstellingswerken aan ziekenhuizen

In afwijking van de artikelen 8 tot 9 en 11 tot 26 krijgen de ziekenhuizen een jaarlijkse vaste subsidie voor het infrastructuurproject vermeld in artikel 2, eerste lid, 4^o.

Het bedrag van die subsidie, dat in verhouding tot het aantal erkende bedden onder de ziekenhuizen opgesplitst wordt, hangt af van de beschikbare begrotingsmiddelen.

Alle kosten die direct of indirect samenhangen met de instaatstellingswerken die de Regering heeft vastgelegd, komen in aanmerking als verantwoording voor de aanwending van de middelen.

De Regering bepaalt welke stukken voor de controle van de aanwending van de subsidiemiddelen moeten worden ingediend.

Geld dat voor een bepaald doel bestemd is, maar binnen drie jaar na de uitbetaling ervan niet voor dat doel aangewend werd, wordt door de Regering teruggevorderd. Op die bedragen worden interesten tegen het wettelijke tarief berekend.

Art. 44.3 Uitrusting van ziekenhuizen

In afwijking van artikel 16, tweede lid, bedraagt de toelage voor het in artikel 2, eerste lid, 6^o, vermeld en door ziekenhuizen gepland infrastructuurproject 60 % van het totaal subsidieerbaar bedrag der uitgaven.

De uitbetaling van die toelage, waarvan het maximale bedrag beperkt wordt door de beschikbare begrotingsmiddelen, is gebonden aan de overlegging van een gemeenschappelijk jaarlijks investeringsplan voor de uitrusting van de ziekenhuizen. »

Art. 50. Artikel 45, 5^o, van het programmadecreet 2014 van 24 februari 2014 wordt vervangen als volgt :

« 5^o de artikelen 30 tot 38, die in werking treden op 1 januari 2018. »

Afdeling 2. — Federale ziekenhuiswetgeving

Art. 51. Artikel 63, artikel 64 zoals gewijzigd bij het koninklijk besluit van 19 juni 2009, artikel 65, eerste lid, en artikel 106 van de gecoördineerde wet van 10 juli 2008 op de ziekenhuizen en andere verzorgingsinrichtingen worden opgeheven.

Art. 52. Artikel 1, 1^o, van het koninklijk besluit van 19 mei 1987 houdende vaststelling van de voorwaarden voor de toekenning van de schadeloosstelling voor de niet-uitvoering van projecten van ziekenhuisbouw en voor de sluiting en de niet-ingebruikname van ziekenhuisdiensten, evenals van de wijze waarop de schadeloosstelling wordt berekend wordt opgeheven.

Art. 53. Hoofdstuk II van hetzelfde koninklijk besluit, dat de artikelen 2 tot en met 5 omvat, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 10 juli 1990, wordt opgeheven.

Art. 54. In artikel 7, 1^o, van het koninklijk besluit van 25 april 2002 betreffende de vaststelling en de vereffening van het budget van financiële middelen van de ziekenhuizen, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 25 april 2014, worden de bepalingen onder a) en onder c) opgeheven.

Art. 55. In artikel 8 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de koninklijke besluiten van 26 oktober 2011 en 25 april 2014, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1^o in de bepaling onder a) worden de woorden "a) en" opgeheven;

2^o in de bepaling onder b) worden de woorden "a) en" opgeheven;

3^o in de bepaling onder c) worden de woorden "1^o, c) en" opgeheven;

4° in de bepaling onder d) worden de woorden "1°, a)," opgeheven;

5° in de bepaling onder e) worden de woorden "a) en" opgeheven.

Art. 56. In hetzelfde besluit worden de volgende artikelen opgeheven :

1° artikel 9, vervangen bij het koninklijk besluit van 25 april 2014;

2° artikel 11;

3° artikel 24, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 26 november 2010;

4° artikel 25, gewijzigd bij de koninklijke besluiten van 10 november 2006, 26 november 2010 en 17 december 2012;

5° artikel 26, vervangen bij het koninklijk besluit van 26 november 2010;

6° artikel 26*bis*, ingevoegd bij het koninklijk besluit van 26 oktober 2011 en laatstelijk gewijzigd bij het koninklijk besluit van 25 april 2014;

7° artikel 27, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 26 oktober 2011;

8° artikel 28;

9° artikel 29, vervangen bij het koninklijk besluit van 17 december 2012 en gewijzigd bij het koninklijk besluit van 25 april 2014;

10° artikel 29*bis*, ingevoegd bij het koninklijk besluit van 25 april 2014;

11° artikel 31, laatstelijk gewijzigd bij het koninklijk besluit van 26 december 2013.

Art. 57. In artikel 86, § 1, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 25 april 2014, worden de woorden "A1," en "A3," opgeheven.

Art. 58. In artikel 88 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de koninklijke besluiten van 4 juni 2003 en 17 december 2012, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° paragraaf 1, 1°, wordt opgeheven;

2° in paragraaf 2 worden de woorden "behalve voor wat de Onderdelen A1 en B5 waarop de bepalingen van § 1, van toepassing zijn, betreft." vervangen door de woorden "behalve voor onderdeel B5 waarop de bepalingen van § 1 van toepassing zijn".

Art. 59. In artikel 89, tweede lid, eerste streepje, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de koninklijke besluiten van 4 juni 2003 en 17 december 2012, wordt het woord "A1," opgeheven.

Art. 60. In artikel 91*bis* van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het koninklijk besluit van 10 november 2006, wordt het woord "A1," opgeheven.

Art. 61. In artikel 91*quinquies*, § 2, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het koninklijk besluit van 10 november 2006, worden de woorden "A1, A3," opgeheven.

Art. 62. Opgeheven worden :

1° het koninklijk besluit van 13 december 1966 tot bepaling van het percentage van de toelagen voor de opbouw, de herconditionering, de uitrusting en de apparatuur van ziekenhuizen en van zekere voorwaarden waaronder ze worden verleend, laatstelijk gewijzigd bij het koninklijk besluit van 17 mei 2007;

2° het koninklijk besluit van 14 augustus 1989 tot vaststelling van de procedure met betrekking tot de goedkeuring van de kalender door de Nationale Minister die de Volksgezondheid onder zijn bevoegdheid heeft, overeenkomstig artikel 97*bis*, tweede lid, van de gecoördineerde wet op de ziekenhuizen, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 10 juli 1990;

3° het koninklijk besluit van 4 mei 1999 tot bepaling van de algemene criteria voor de vaststelling en de goedkeuring van de kalender bedoeld in artikel 46*bis*, eerste lid, van de wet op de ziekenhuizen voor de bij toepassing van artikel 130 van de Grondwet bevoegde overheid;

4° het koninklijk besluit van 4 mei 1999 tot bepaling van de algemene criteria voor de vaststelling en de goedkeuring van de kalender bedoeld in artikel 46*bis*, lid 1, van de wet op de ziekenhuizen voor de bij toepassing van de artikelen 128, 130 en 135 van de Grondwet bevoegde overheden, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 1 maart 2007;

5° het ministerieel besluit van 3 november 1969 tot bepaling van de reglementering met betrekking tot de financiële tussenkomst van de Staat voor de opbouw, de herconditionering, de uitrusting en de apparatuur van ziekenhuizen;

6° het ministerieel besluit van 1 juli 1971 tot wijziging van het ministerieel besluit van 8 juni 1967 en van het ministerieel besluit van 2 oktober 1969 tot vaststelling van de maximumkostprijs per bed die in aanmerking moet worden genomen voor de toepassing van het koninklijk besluit van 13 december 1966 tot bepaling van het percentage van de toelagen voor de opbouw, de herconditionering, de uitrusting en de apparatuur van ziekenhuizen en van zekere voorwaarden waaronder ze worden verleend;

7° het ministerieel besluit van 8 november 1973 tot wijziging van het ministerieel besluit van 1 juli 1971 tot vaststelling van de maximumkostprijs per bed die in aanmerking moet worden genomen voor de toepassing van het koninklijk besluit van 13 december 1966 tot bepaling van het percentage van de toelagen voor de opbouw, de herconditionering, de uitrusting en de apparatuur van ziekenhuizen en van zekere voorwaarden waaronder ze worden verleend;

8° het ministerieel besluit van 1 september 1978 tot wijziging van de ministeriele besluiten van 1 juli 1971 en 8 november 1973 tot vaststelling van de maximumkostprijs per bed die in aanmerking moet worden genomen voor de toepassing van het koninklijk besluit van 13 december 1966 tot bepaling van het percentage van de toelagen voor de opbouw en de apparatuur, de herconditionering, de uitrusting van ziekenhuizen en van zekere voorwaarden waaronder ze worden verleend, gewijzigd bij de ministeriële besluiten van 12 april 1984 en 12 oktober 1993;

9° het ministerieel besluit van 4 september 1978 tot wijziging van het ministerieel besluit van 1 juli 1971 tot vaststelling van de maximumkostprijs per bed die in aanmerking moet worden genomen voor de toepassing van het koninklijk besluit van 13 december 1966 tot bepaling van het percentage van de toelagen voor de opbouw en de apparatuur, de herconditionering, de uitrusting van ziekenhuizen en van zekere voorwaarden waaronder ze worden verleend, gewijzigd bij de ministeriële besluiten van 12 april 1984 en 12 oktober 1993;

10° het ministerieel besluit van 4 september 1989 tot vaststelling van de modaliteiten van bewijsvoering van de goedkeuring van de kalender door de Nationale Minister die de Volksgezondheid onder zijn bevoegdheid heeft, overeenkomstig artikel 97*bis*, tweede lid, van de gecoördineerde wet op de ziekenhuizen;

11° het ministerieel besluit van 11 mei 2007 tot vaststelling van de maximumkostprijs die in aanmerking kan worden genomen voor de betoelaging van nieuwbouwwerken, uitbreidingswerken en herconditioneringswerken van een ziekenhuis of een dienst.

Art. 63. De bepalingen vermeld in de vorige afdeling blijven van toepassing voor de investeringen die de federale overheid op grond van artikel 47/9, § 4, van de bijzondere wet van 16 januari 1989 betreffende de financiering van de Gemeenschappen en de Gewesten doet op het gebied van de infrastructuur en de medisch-technische diensten van de ziekenhuizen.

HOOFDSTUK 5. — FINANCOEN EN BEGROTING

Art. 64. In het opschrift van het decreet van 21 december 1995 houdende oprichting van een afschrijvingsfonds in de Duitstalige Gemeenschap worden de woorden "afschrijvingsfonds in de Duitstalige Gemeenschap" vervangen door de woorden "Fonds voor het beheer van de financiële schulden van de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 65. In artikel 1 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 25 februari 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het eerste lid wordt vervangen als volgt :

« Er wordt een Fonds voor het beheer van de financiële schulden van de Duitstalige Gemeenschap opgericht, hierna Fonds te noemen; »;

2° in het tweede lid worden de woorden "afschrijvingsfonds van de Duitstalige Gemeenschap" vervangen door het woord "Fonds".

Art. 66. In artikel 2 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 3 februari 2003 en 25 februari 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het eerste lid wordt vervangen als volgt :

« Het Fonds dient om de door de Duitstalige Gemeenschap aangegane leningen af te betalen, alsook om bankkosten, kosten voor de uitgifte van thesauriebewijzen, debetrente en rente op kredietlijnen te betalen. »;

2° het tweede lid wordt opgeheven.

Art. 67. In artikel 3 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 3 februari 2003, wordt het woord "afschrijvingsfonds" vervangen door het woord "Fonds" en wordt de tweede zin opgeheven.

Art. 68. In artikel 4 van hetzelfde decreet wordt het woord "afschrijvingsfonds" vervangen door het woord "Fonds".

Art. 69. Artikel 4*bis* van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 3 februari 2003 en gewijzigd bij het decreet van 25 februari 2013, wordt vervangen als volgt :

« Art. 4*bis*. De uitgaven van het Fonds bestaan uit :

1° aflossingen van kapitaal en intresten voor de aangegane leningen, financiële leasings en soortgelijke financieringsproducten;

2° debetrente;

3° rente op kredietlijnen;

4° rente en kosten in samenhang met de uitgifte van thesauriebewijzen;

5° bankkosten en andere bijkomende financiële kosten. »

Art. 70. In artikel 104 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de decreten van 19 april 2010 en 24 februari 2014, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in paragraaf 1 wordt het bedrag "6.000 euro" vervangen door het bedrag "10.000 euro";

2° in paragraaf 2 wordt het bedrag "6.000 euro" vervangen door het bedrag "10.000 euro".

HOOFDSTUK 6. — DIVERSE BEPALINGEN

Afdeling 1. — Begraafplaatsen en lijkbezorging

Art. 71. In artikel 4 van het decreet van 14 februari 2011 op de begraafplaatsen en de lijkbezorging worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° paragraaf 1, eerste lid, wordt aangevuld met de volgende zin, luidende :

« Als begraafplaats geldt elke plaats waar meer dan vijf stoffelijke overschotten begraven zijn. »;

2° in paragraaf 2, eerste lid, wordt de eerste zin opgeheven en wordt de tweede zin vervangen als volgt :

« In elke gemeente is er ten minste een perceel voor graven, een urnenveld, een strooiweide en een columbarium. »

Afdeling 2. — Discriminatieverbod

Art. 72. Artikel 1 van het decreet van 19 maart 2012 ter bestrijding van bepaalde vormen van discriminatie wordt na het eerste lid aangevuld met het volgende lid, luidende :

« Dit decreet voorziet in de gedeeltelijke omzetting van Richtlijn 2010/18/EU van de Raad van 8 maart 2010 tot uitvoering van de door BUSINESSEUROPE, UEAPME, het CEEP en het EVV gesloten herziene raamovereenkomst inzake ouderschapsverlof en tot intrekking van Richtlijn 96/34/EG. »

Art. 73. In artikel 2, 3^o, van hetzelfde decreet worden de woorden "bevalling en moederschap," vervangen door de woorden "bevalling, moederschap en ouderschap,".

Art. 74. In artikel 3, 1^o, van hetzelfde decreet worden de woorden "bevalling en moederschap," vervangen door de woorden "bevalling, moederschap en ouderschap,".

Art. 75. Artikel 18, § 6, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« § 6. De in dit artikel bedoelde bescherming is eveneens van toepassing op personen die optreden als getuige, raadsheer, verdediger of bijstandsverlener ten voordele van de betrokken persoon. »

Art. 76. Artikel 19, § 9, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« § 9. De in dit artikel bedoelde bescherming is eveneens van toepassing op personen die optreden als getuige, raadsheer, verdediger of bijstandsverlener ten voordele van de betrokken persoon. »

Afdeling 3. — Prijs van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap

Art. 77. Artikel 1 van het decreet van 19 december 1988 betreffende de toekenning van de Prijs van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de decreten van 29 januari 2007 en 29 juni 2015, wordt vervangen als volgt :

« Artikel 1. Het Parlement kent de Prijs van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap toe voor werken in de volgende bereiken :

- staatswetenschappen, in het bijzonder rechtswetenschappen, politieke wetenschappen, financiële en bestuurswetenschappen;
- geschiedenis;
- literatuur;
- heemkunde;
- architectuur, ruimtelijke en landschappelijke ordening;
- taalwetenschappen;
- archief- en bibliotheekwezen;
- biografieën;
- economie en menswetenschappen;
- kunst en cultuur.

Alle werken moeten in het Duits geschreven en ingediend worden. Dit geldt niet voor werken in het bereik staatswetenschappen : die mogen ook in het Frans, het Nederlands of het Engels geschreven en ingediend worden.

Als gegevensdrager zijn gedrukte media, beeld- en geluidsmedia en elektronische media toegestaan. »

HOOFDSTUK 7. — SLOTBEPALINGEN

Art. 78. Dit decreet treedt in werking de dag waarop het wordt bekendgemaakt, met uitzondering van :

1^o artikel 14, dat uitwerking heeft met ingang van 1 januari 2015;

2^o de artikelen 1, 4 tot 7, 11, 34 tot 41, 47 tot 63, alsook 70 en 77, die uitwerking hebben met ingang van 1 januari 2016.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 22 februari 2016.

O. PAASCH

De Minister-President

Mevr. I. WEYKMANS

De Viceminister-President, Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme

A. ANTONIADIS

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden

H. MOLLERS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

—
Nota

(1) *Zitting 2015-2016.*

Parlementaire stukken : 94 (2015-2016), nr. 1. Voorstel van decreet.

94 (2015-2016), nr. 2. Voorstellen tot wijziging.

94 (2015-2016), nr. 3. Verslag.

Integraal verslag : 22 februari 2016, nr. 24. Bespreking en aanneming.